

## **Kapitel 4: Israel zwischen »jüdischer« Demokratie und fundamentalistischem Gottesstaat**

Israel definierte sich von Beginn als ein »jüdischer Staat«. Wie politisch, ideologisch, religiös und moralisch fragwürdig und umstritten seine Gründung war, hat der britische Wissenschaftler Michael Prior aufgezeigt.<sup>1</sup> Nach der Eroberung Ost-Jerusalems, der Westbank, der Golon-Höhen und des Gaza-Streifens im Sechstagekrieg 1967 verschärfte sich die Kontroverse zwischen säkularen und religiösen Zionisten sowie orthodoxen Juden über den Charakter des Staates Israel noch einmal.

Seit Beginn der zionistischen Besiedlung haben Vertreter der beiden Hauptströmungen des Zionismus, die sozialistische und die revisionistische, um den rechten Weg gestritten. Die ersteren obsiegten wegen ihrer machtpolitisch geschickteren Strategie, die vornehmlich David Ben-Gurion entwickelt hatte. Der Zionismus der Arbeitspartei dominierte und beeinflusste Israel und sein Image im Ausland bis 1977. Der Wahlsieg des Likud-Blocks 1977, der eine Wende in der israelischen Politik herbeiführte, zeigte, wie stark die ursprüngliche zionistische Ideologie der Arbeitspartei bereits erodiert war. Nach dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 bildete sich ein neues Bündnis zwischen Messianismus und expansionistischem Nationalismus heraus. Die Ermordung Rabins und die Strategie Netanyahus nach dem erneuten Sieg des Likud bei den Wahlen von 1996 sind das Ergebnis dieser »unheiligen Allianz«. Diese Kräfte beeinflussen bis heute mittels ihrer religiösen Definitionsmacht den politischen Diskurs und sitzen unter Ministerpräsident Sharon wieder an den Schalthebeln der Macht. Je stärker Israel sich auf die fundamentalistische Variante des Judentums orientiert, um so irrationaler wird seine Politik, das heißt auch um so gefährlicher für seine Nachbarn.

Die Allianz zwischen expansionistischem Nationalismus und religiösem Fundamentalismus offenbart sich am sinnfälligsten im Anspruch auf Eretz Israel, der von einigen religiösen Zirkeln und politischen Gruppen aggressiv vorgetragen wird. Die »historischen Grenzen« werden zum Teil weit in Gebiete der Nachbarstaaten verschoben. Für die nationalistische Siedlerbewegung Gush Emunim (Block der Getreuen), die rechtsextremen Gruppen Kahane und Kahane-Chai sowie die Nationalreligiöse Partei (NRP=Mafdal) ist es sogar ein »göttliches Gebot«, Land zu erobern, das zum »Land Israel« gehört. Ariel Sharon schlug 1993 auf einem Likud-Parteitag vor, die Partei solle sich die »biblischen Grenzen« offiziell zu eigen machen. Damals wurde ein solches Konzept nicht angenommen. Bereits in der Netanyahu-Regierung befürworteten die religiösen und nationalistischen Vertreter einen solchen Expansionismus in »Eretz Israel«. Der Wissenschaftler und Vorsitzende der Liga für

Menschenrechte Israel Shahak sieht im politischen Einfluß des »jüdischen Chauvinismus« und des »religiösen Fanatismus« eine ebenso große Gefahr wie im Antisemitismus. Beide, der »Antisemitismus und der jüdische Chauvinismus, können nur gleichzeitig bekämpft werden«.<sup>2</sup>

### **1. Das Bündnis zwischen expansionistischen Nationalisten und religiösen Fundamentalisten**

Die Ermordung des Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin wies die Weltöffentlichkeit auf ein bis dahin kaum wahrgenommenes Phänomen der israelischen Gesellschaft: die radikale Rechte. In Israel gibt es keine formal institutionalisierte »Rechtspartei«, wie wir sie in einigen Ländern Europas kennen, es existieren jedoch eine ganze Anzahl von Parteien, deren Gedankengut nach westlich-demokratischen Maßstäben als »rechtsextrem« und »nationalistisch« bis »chauvinistisch« zu bezeichnen ist, sie sind alle im Parlament vertreten. Nationalistisches Gedankengut reicht bis weit in die Arbeitspartei hinein. Ideen, die man in westlichen Demokratien als »rechts« bis »rechtsextrem« einstufen würde, sind in Israel ein Massenphänomen.

Zu den Vorläufern der heutigen Rechten gehörten auch Vladimir Jabotinsky, führender Repräsentant der revisionistischen Richtung im Zionismus, die militärischen Kampf- oder Terrororganisationen Etzel, bekannt unter dem Namen Irgun, und die Stern-Bande oder Lechi, genannt nach ihrem Gründer Abraham Stern. Beide Organisationen beeinflussten vor 1948 durch ihre Ideologie und Terrorakte den Staatswerdungsprozeß Israels nicht unwesentlich. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Linken erreichten ihren Höhepunkt nach der Versenkung des Schiffes Altalena, das Waffen für die Terrororganisation Irgun transportierte. Diese Aktion, die den gerade gegründeten Staat fast an den Rand eines Bürgerkrieges brachte, hatte David Ben-Gurion angeordnet, der nach der Gründung Israels keinen Sinn mehr im Weiterbestehen von Milizen sah. Ein weiteres einschneidendes Ereignis war die Ermordung von UN-Vermittler Count Folke Bernadotte durch die Terrororganisation Lehi am 17. September 1948. In den fünfziger Jahren setzte sich die Gewalt aus der vorstaatlichen Phase weiter fort. Wegen der Frage der Reparationszahlungen Deutschlands an Israel ließ Menachem Begin im Januar 1952 die Knesset belagern. Die extreme Rechte ermordete Israel Kastner, einen ungarischen Juden, dem Kollaboration mit den Nazis vorgeworfen wurde. Hinzu kamen die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen

Gewerkschaft und Arbeitspartei sowie der Rechten und den Orthodoxen in der Gesellschaft. Diese Tradition der Gewalt setzt sich bis heute in einigen gesellschaftlichen Gruppen fort: In den fanatischen Siedlern hat die extreme Rechte nun eine Massenbasis.

Der Sechstagekrieg war der wichtigste Einschnitt in der Geschichte Israels. Er hat das kollektive Bewußtsein der Israelis nachhaltig beeinflusst. So leitete er die Rereligiosierung großer Teile der Bevölkerung ein und bewirkte die Wiedergeburt der radikalen Rechten. Das besetzte palästinensische Land hatte zunächst als politisches Faustpfand gegolten, wurde jedoch rasch zu einem »Objekt ideologisch begründeter Begierde«.<sup>3</sup> Es hieß nicht mehr Westbank, die Nationalisten gaben ihm den biblischen Namen Judäa und Samaria. Die nationalistischen und religiösen Kreise distanzieren sich vom Standpunkt des Außenministers Abba Eban, Israel sei ein »großzügiger Sieger«, der sich als liberaler und demokratischer Beherrscher verhalten wolle. Der Sieg war in ihren Augen der göttliche Lohn für das jüdische Volk.

Infolge des Sechstagekriegs wurden auch zwei Gruppen der extremen Linken populär: Die radikal antizionistische Matzpen hatte schon vor 1967 existiert; Siah entstand nach dem Juni-Krieg, ihre Anhänger traten für eine Koexistenz zwischen Zionismus und palästinensischen Nationalismus ein. Im Gegensatz zu den Rechten in Israel haben diese Gruppen keinen Beitrag zur Gewalt gegen die Palästinenser geleistet.

Die Kommunistische Partei Israels war die einzige Gruppierung, die den Krieg verurteilte. Am 14. Oktober 1967 wurde ihr Generalsekretär Meir Vilner bei einem Attentat schwer verletzt. Der Attentäter arbeitete in der Druckerei der Tageszeitung »Hajom«, dem Organ des Gachal-Blocks, dem Vorgänger des Likud-Blocks. Jüdische terroristische Gruppen – vor allem die DOV (Unterdrückung der Verräter) und TNT (Terror gegen Terror) – haben Anhänger der Linken, jahrelang bedroht, weil diese die Übergriffe des israelischen Militärs auf Palästinenser kritisierten. Trotz ihrer kriminellen Aktivitäten nahm die Polizei die beiden Untergrundorganisationen nicht ernst.

Abraham Yitzhak Hakohen Kook war einer jener Männer, die den Boden für die Synthese zwischen Judaismus und Zionismus mitbereitet haben. 1904 hatte Kook in Jaffa das Amt des Chefrabbiners übernommen. Er bezog sich auf die Schriften des jüdischen Philosophen Maimonides (auch Rambam genannt), eines Rabbiners des 12. Jahrhunderts aus Cordoba Spanien, und legte das letzte Buch des jüdischen Rechts (Halacha), die Mischne Thora, neu aus. Der Mischne Thora zufolge gab es zwei Messiasse. In Kooks Interpretation waren die

Zionisten kollektiv nichts anderes als der erste Messias, der Vorläufer der zweiten heiligen Phase der Erlösung. 1922 gründete Kook in Jerusalem die Jeschiwa Merkhaz-ha-Rav, die eine neue Elite formen sollte, die die Lehren des Judentums und Zionismus vereint. Kook betrachtete den Zionismus nicht mehr als Hindernis für die Erlösung wie die Haredim (Gottesfürchtigen), sondern als Instrument, das die Ankunft des Messias beschleunigen würde. Der Geist Gottes und der Geist Israels seien eins, so Kook.

Kooks Sohn Zwi Jehuda Hakohen interpretierte die abstrakten Ideen seines Vaters neu und sorgte für deren Weiterverbreitung. Für ihn waren »der Staat, die Regierung und die Armee heilig«. Die Juden seien aufgerufen, alle Länder zurückzuerobern, die Gott ihnen verheißen hatte. Er entwickelte sich schnell zum geistigen Mentor der religiös-zionistischen Jugendgruppe B'nai Akiva. Seine Schüler gehörten zu den ersten Soldaten, die bei der Eroberung der Altstadt von Jerusalem im Juni 1967 an der Klagemauer waren. Als ihr Befehlshaber Motta Gur Zwi Jehuda Kook auf Bitten der Soldaten zur Klagemauer holen ließ, verkündete dieser: »Wir geben hiermit dem Volke Israels und der gesamten Welt bekannt, daß wir in himmlischem Auftrag soeben zum heiligen Berg und in unsere heilige Stadt heimgekehrt sind. Wir werden sie nie wieder verlassen.« Ähnlich pathetisch erklärte Netanyahu fast 30 Jahre später anlässlich seiner Wahl zum Ministerpräsidenten: »Wir werden die israelische Souveränität über das vereinte Jerusalem erhalten. Ich gebe dies heute Nacht in Jerusalem, der ewigen Hauptstadt des jüdischen Volkes, bekannt, daß die Stadt nicht wieder geteilt wird.«

Kook definierte Israel als das »Halachische Königreich Israel« (»Königreich des Himmels auf Erden«). Jeder Jude in Israel war demnach heilig und jedes Staubkorn mit Heiligkeit durchtränkt. Über eine Rückgabe der besetzten Gebiete konnte nicht mehr verhandelt werden. Die Befreiung urbiblischen Landes deuteten Kook und seine Schüler als Beweis für die bevorstehende Erlösung. Um dem Messias den Weg zu bereiten, strebten sie die Besiedelung der besetzten Gebiete an.

In der Sieges euphorie schlossen sich auch Teile der damals regierenden Arbeitspartei der Ideologie des sogenannten Eretz Israel Haschlema (Groß-Israel-Ideologie) an. Das besetzte Land wurde in den ersten Jahren nur spärlich besiedelt. Die Initiative dazu ging von religiösen Fanatikern aus. Die säkulare Regierung der Arbeitspartei und ihre jeweiligen Koalitionspartner trugen die Aktionen mit. Die ersten Siedlungen entstanden auf dem Sinai, im Jordantal, um Hebron, Ost-Jerusalem und auf dem Golan. Das Siedlungskonzept der Arbeitspartei basierte auf einer Sicherheitsdoktrin, derzufolge das politische Handeln

Sicherheitserwägungen untergeordnet werden muß. Die Doktrin blockiert die israelische Gesellschaft bis heute: sie dient als Herrschaftsinstrument gegenüber den Palästinensern und legitimiert die Dominanz der herrschenden Ashkenasim über die orientalischen Sephardim. Nachdem der Likud-Block 1977 an die Macht gekommen war, nahm die Politik eine stark national-religiöse Wende. Der Likud setzte die »Judaisierung« der Westbank auf die politische Agenda und intensivierte die Siedlungspolitik. Die Gründung eines Palästinenserstaates sollte mit allen Mitteln verhindert werden.

Die 1974 gegründete Siedlerbewegung Gush Emunim (Block der Getreuen) gewann beständig an Einfluß. Zu ihren Gallionsfiguren der ersten Stunde zählten der Rabbiner Moshe Levinger und Zevulun Hammer, der Mitte Januar 1998 verstarb. Ihr Spiritus rector war kein geringerer als der Rabbiner Zwi Jehuda Kook. Zu dessen Schülern hatten auch die Rabbiner Chaim Druckman und Elieser Waldman gehört, die in den von der Nationalreligiösen Partei (NRP) getragenen Hesder-Jeshiva (Talmudschulen) Tausende von Schülern und angehenden Soldaten mit ihrer militanten Ideologie indoktrinieren. Die Studenten dieser Hesder Yeshiwots werden als geschlossene Gruppe eingezogen und von einem Rabbiner, der für ihre »religiöse Reinheit« verantwortlich ist, betreut. Sie dienen nur 18 Monate statt der üblichen drei Jahre. Nach sechs Monaten Militärdienst ziehen sie sich für sechs Monate zum Studium des Talmuds in ihre Yeshiva zurück. Als Reservisten leisten sie den regulären Reservedienst ab. Die Rabbiner Chaim Druckman und Elieser Waldman riefen die Soldaten offen zur Befehlsverweigerung auf, falls sie zur Räumung von Siedlungen eingesetzt werden sollten.

Waldman vertrat in seinen Schriften die Meinung, Gott habe den Juden den Holocaust als Prüfung auferlegt. Dies sei ein verzweifelter Versuch Gottes gewesen, die Juden nach »Zion« zu treiben. Die orthodoxen Haredim dagegen interpretierten den Holocaust als Gottes Strafe für die Assimilation der Juden und den weltlichen Zionismus. Der Sieg im Krieg von 1948 sei ein »Akt Gottes« gewesen. Mit dem Yom-Kippur-Krieg von 1973 habe Gott den Juden »einen weiteren Schock« versetzen wollen, damit sie endlich begriffen, daß sie das Land besiedeln sollten, so Waldman.

Der »Gush« ersetzte den Rechtsbegriff »Staat Israel« durch den biblischen Begriff »Land Israel« (Eretz Israel). Dieser Begriff rechtfertigte die Besetzung der Gebiete im Namen eines besonderen Bundes zwischen Gott und dem »ausgewählten Volk«. Nach Ansicht des »Gush« verzögert sich die Ankunft des Messias, wenn Land an Nichtjuden zurückgegeben werde. Da sich die Anhänger des »Gush« als die Stellvertreter des Messias auf Erden verstehen, glauben sie ein Recht auf Widerstand gegen den »unreligiösen Staat« zu haben. Sie führten einen

jüdisch-fundamentalistischen »Jihad« gegen die Begin-Regierung und insbesondere gegen die vorhergehende unter Rabin. Verbündete dieser Ideologie finden sich in den Reihen der Nationalreligiösen Partei (NRP), früher nannte sie sich Misrachi. Sie hatte den Zionismus stets religiös ausgelegt. Seit Mitte der siebziger Jahre unterstützt die Partei den »Gush«, propagiert eine kompromißlose nationalistische Linie und tritt für die Schaffung eines Groß-Israel und die Annektion der Gebiete ein. Ihr Parteivorsitzender Yitzhak Levy war Wohnungsbauminister unter Ehud Barak. Deshalb wurde seine Regierung von den Siedlerorganisationen nicht angegriffen.

Die Gush Emunim-Bewegung war nur eine von vielen Rejudaisierungsbewegungen, die sich in Israel und der Diaspora formierten. Ihre politische Speerspitze bildet die Nationalreligiöse Partei. Alle Gruppen vertreten gegenüber den Palästinensern eine Politik der »eisernen Faust« und der rassistischen Diskriminierung. In ihren zahlreichen Thora- und Talmud-Schulen verbreiten sie auch ideologisch-rassistische Ansichten. Die Schüler werden einer Gehirnwäsche unterzogen, die im völligen Gegensatz zu den westlichen Wertvorstellungen der israelischen Gesellschaft steht. Ein ähnliches Phänomen stellte Joseph Algazy für die Schulen der Ultraorthodoxen (Haredim) fest. In »Le Monde diplomatique« vom 18. Februar 1998 schrieb er: »In den Schulen der Ultraorthodoxen werden die Jugendlichen – und über sie auch ihre Eltern – einer regelrechten Gehirnwäsche unterzogen, erhalten aber auch Hilfe bei der Bewältigung ihrer Probleme.« Die Journalistin Stefanie Christmann schlußfolgerte in der Wochenzeitung »Freitag« vom 6. Juni 1997: »Rassistisches Denken kommt nach 30 Jahren Besatzung in Israel mittlerweile offen, stolz und ›frech‹ daher.« Die staatlichen Stellen finanzieren diese Einrichtungen zum Teil und haben mit den extremistischen Gruppierungen große Nachsicht gezeigt. In einem Interview mit dem Verfasser wies Israel Shahak auf den Extremismus der Nationalreligiösen Partei hin. »Sie ist eine messianistische Partei. Sie glaubt, daß wir in einer Zeit der Erlösung leben ... Deshalb müsse man Taten vollbringen, die uns hoffen lassen, daß Gott zu unseren Gunsten eingreifen wird ... Nur die Mafdal fordert die Gründung eines religiösen Staates, in dem das talmudische Gesetz anstatt des säkularen Gesetzes gilt. Des weiteren gibt es eine starke Tendenz in dieser Partei, den dritten Tempel wieder zu errichten. Das heißt, die Al-Aqsa-Moschee und der Felsendom müssen zerstört werden. Dies würde zu einem Konflikt mit der islamischen Welt führen, der viel gefährlicher wäre als alles, was die Zionisten bisher getan haben.«<sup>4</sup> Die Ideologie der Partei ist eine Mixtur aus politisch-nationalistischen und religiös-messianistischen Elementen. Der Schriftsteller Abraham B. Yehoshua plädierte in einem Interview mit der »Frankfurter Rundschau« vom 30. August 1997 für einen Dialog mit der Mafdal, um die Abkapselung der Nationalreligiösen

zu verhindern. Dies sei auch aus kultureller Gründen wichtig, weil sonst die »amerikanische CNN-Identität« das eigene Selbst zerstöre.

Weitere fundamentalistische Strömungen sind die Haredim, die sich in aschkenasische und sephardische sowie zionistische und antizionistische Gruppen aufspalten. Am extremsten antizionistisch eingestellt sind die Neture Karta, eine Gruppe, die den Staat Israel völlig ablehnt, da die Erlösung Gottes Werk sei. Als nichtzionistisch gelten die Agudat Israel und die Degel Hatorah, die im Jahdut Hatorah-Block vereinigt sind. Sie galten in der Vergangenheit als politisch moderat, haben sich aber aus Opportunitätsgründen der harten Haltung der proannexionistischen Rechten angenähert. Im Gegensatz zu den aschkenasischen Haredim treten die sephardischen Juden von der Shas-Partei für einen Kompromiß mit den Palästinensern ein. In diesem Punkt unterstützten sie die Arbeitspartei in der Knesset, als die Oslo-Abkommen verabschiedet wurden.

Die Shas ist eine Klientel-Partei, die ursprünglich aus der ashkenasischen Agudat Israel hervorging. Sie arbeitet nach dem Grundsatz des Gebens und Nehmens (do ut des), um ihre zahlreichen Einrichtungen, die ausschließlich religiöse Juden unterstützen, finanzieren zu können. Zu ihrem religiösen und sozialen Netzwerk gehören Kindergärten und religiöse Schulen. »Insgesamt wenden die religiösen Parteien die gleichen Techniken der Rekrutierung von neuen Mitgliedern an wie die islamistische Bewegung in Israel und die Hamas im Westjordanland und im Gaza-Streifen«, so Joseph Algazy. Politisch nähert sich die Shas immer stärker dem Likud und den anderen rechtsreligiösen Parteien an, mit denen sie die Abneigung gegen die Nichtjuden und der Anspruch auf ideologische »Exklusivität« der jüdischen Religion eint. Ihr Fundamentalismus speist sich nicht zuletzt aus den Diskriminierungen, die ihnen von den Ashkenasim zugefügt worden sind. Zu dieser Ächtung gehört für sie die Verurteilung ihres ehemaligen Parteichef Arie Deri wegen Korruption. Geistiges Oberhaupt der Shas-Partei ist der frühere sephardische Oberrabbiner Ovadia Yosef. Er setzte sich im Gegensatz zu Deri für das Recht der 1948 geflüchteten Palästinenser ein. Für Yosef ist es mit einem moralischen und humanitären Standpunkt unvereinbar, Menschen, die entwurzelt worden sind, die Rückkehr an den Ort zu verwehren, an dem sie geboren sind. Aus der jüdischen Lehre zieht er den Schluß, daß ein Menschenleben oberste Priorität besitzt und nicht die »Heiligkeit des Landes«, wie andere nationalistische Gruppen propagieren. Um Frieden zu erreichen, tritt er für die Rückgabe von Gebieten ein.

Die politische Klasse Israels zeigte sich überrascht, als im April 1984 die Polizei Mitglieder einer jüdischen Terrorgruppe verhaftete, die verdächtigt wurde, mehrere Studenten der

islamischen Universität in Hebron ermordet und Attentate gegen palästinensische Bürgermeister verübt zu haben. Diese Organisation traf gerade letzte Vorbereitungen für die Sprengung des Felsendoms auf dem Tempelberg. In einem Verhör, das der Inlandsgeheimdienst Shin Bet durchführte, enthüllte ein Verhafteter die satanische Logik dieser Terroristen: »Die Zerstörung dieser Moscheen hätte Abermillionen Muslime in Wut versetzt. Ihr Zorn hätte sehr wahrscheinlich einen Krieg ausgelöst, der zu einem Weltkrieg eskaliert wäre. Solch ein Krieg würde mit seiner enorm hohen Todesrate den Erlösungsprozeß der Juden und des Landes Israel vorantreiben. Dann wären alle Muslime verschwunden und somit alles bereit für die Ankunft des Messias.« Damit sei das Palästinenserproblem im »gelobten Land« endgültig gelöst.

Unter den Terroristen waren auch »Gush«-Aktivisten wie Yehuda Etzion. Der »geistige Vater« des jüdischen Untergrunds erklärte, »der Herr« habe ihn mit der Sprengung des Tempelbergs beauftragt (dies stand nicht auf der politischen Agenda des »Gush«). Yehuda Etzion wollte nicht akzeptieren, daß sich der »Gush« mit der zivilen Regierung Israels abfinden konnte, obwohl die Zeit des Messias angebrochen sei. Für Etzion war bereits das letzte Stadium der Erlösung erreicht, zu der eine theokratische Regierung auf dem Tempelberg und die Kontrolle über Israel, den Sinai, Jordanien, Syrien, Teile des Libanon und des Irak gehörten. Die »Operation Tempelberg« sollte die Transformation Israels von einem Rechtsstaat zum »Status des Königtums Israel« beschleunigen, in dem die Priester herrschen und die Natur der Welt verändern sollten.<sup>5</sup> Der ehemalige Polizeinspektor Assaf Hefets enthüllte am 31. Dezember 1997, Mitglieder des »Gush« wollten die heiligen islamischen Städten zerstören, um »den Salomonischen Tempel an deren Stelle wieder zu errichten«, dies würde den »Prozeß der Erlösung des jüdischen Volkes« beschleunigen. Die israelischen Behörden sollten die Absichten der extremistischen Elemente ernst nehmen. Felicia Langer warnte zu Recht: »Man muß kein Prophet oder Mitglied des Geheimdienstes sein, um zu begreifen, welch ein Gefahrenpotential von den Anhängern einer solchen Lehre ausgeht, sobald sich ihr Glaube mit den vielen und mörderischen Waffen verbindet, die in ihrem Besitz sind, und wenn ihr Glaube in einer Atmosphäre von Nachsicht, wohlwollendem Verständnis und manchmal sogar mit direkter Unterstützung durch die Armee praktiziert wird.«<sup>6</sup>

Der im September 1971 nach Israel übergesiedelte amerikanische Rabbiner Meir Kahane trug wesentlich zur Radikalisierung der Rechten in Israel bei. Er war der Anführer der als rassistisch und terroristisch bekannten »Jüdischen Verteidigungsliga« in den USA. 1984

wurde er zum Knesset-Abgeordneten gewählt. Seine »Philosophie der jüdischen Gewalt« setzte sich in religiösen Kreisen immer stärker durch. Kahane war offenbar von den Morden an den Juden so traumatisiert, daß er nur an Rache dachte. Der jüdische Staat gewann für ihn seinen Wert allein aus den Taten an den Gojim (Nicht-Juden). Israel sah er nicht als eine Belohnung, sondern als ein Instrument der Bestrafung an. Er hatte einen unersättlichen Drang, alle Nicht-Juden zu vernichten. Jüdische Gegengewalt deutete er als »Glorifizierung Gottes«. Er gründete die rassistisch-faschistische Kach-Bewegung (So ist das), hetzte gegen die Palästinenser und brachte als Knesset-Abgeordneter einen außerordentlich rassistischen Gesetzesentwurf ein. Die Kach-Mitglieder betrachten Hinterlist, Gewalt und Terror als typisch »arabische Eigenschaften«. Kahane schlug vor, die Vertreibung aller Araber aus Groß-Israel mit folgenden Methoden durchzusetzen: Zwangsdeportationen aller Nichtjuden, die sich weigerten, den zweitklassigen Status eines »ausländischen Bewohners« anzunehmen; Wohnverbot für alle Nichtjuden in der Region von Jerusalem; Verurteilung zu fünfzig Jahren Gefängnis für jeden Nicht-Juden, der sexuelle Beziehungen zu einer Jüdin hatte; die Einrichtung von »getrennten Ständen« für Juden und Nichtjuden.

Der extremistische Rabbi hatte viele offene und geheime Förderer, unter ihnen war auch der ehemalige Ministerpräsident Yitzhak Shamir. Dennoch verbot das Oberste Gericht eine weitere Kandidatur von Kahane, da seine Partei »faschistisch« sei. Nach Kahanes Ermordung 1990 in New York gründete sein Sohn Benjamin die Gruppe »Kahane Chai (Kahane lebt)«. »Kach« und »Kahane Chai« agitieren gegen den Friedensprozeß, provozieren Gewalttätigkeiten und organisieren tödliche Attentate auf Palästinenser. Sie wurden zwar nach dem Massenmord von Goldstein verboten, konnten aber ihre Aktivitäten unbehelligt fortsetzen. Weitere Parteien, die extremes und rassistisches Gedankengut vertreten, sind Tsomet (Wegkreuzung), geführt vom ehemaligen Generalstabschef und jetzigen Knesset-Abgeordneten Raphael Eitan, und Moledet (Vaterland). Ihr Führer, der General und jetzige Tourismusminister Rechawan Ze'evi, setzt sich für die Umsiedlung der Palästinenser ein. Für Ze'evi ist Arafat »kein Neonazi«, sondern eindeutig ein »Nazi«, so in der Knesset-Debatte vom 22. Januar 1998.

Ha'etzni, Moshe Levinger, der »Gush«, der Siedlerrat (Yesha) und andere extremistische Gruppen gehörten zu den schärfsten Kritikern der Politik von Rabin. Im Umfeld von »Kach« und »Kahane-Chai« ist auch die Eyal-Gruppe entstanden, zu der der Rabin-Attentäter Yigal Amir gehörte. All diese Organisationen verschanzen sich hinter den rechten bürgerlichen Politikern des Likud und der Mafdal-Partei. Sie haben seit der Unterzeichnung der Oslo-

Abkommen gegen die rechtmäßig gewählte israelische Regierung agitiert. Einige rechtsgerichtete Politiker wollten die Ausstrahlung des Fernsehberichts verhindern, der diese Verbindungen aufdeckte, doch das Oberste Gericht gab ihrem Antrag nicht statt. Die genannten Parteien haben die Aktivitäten des »Gush« oder auch von »Zu Arzeno« (Das ist unser Land) zumindest indirekt gedeckt, deren Aufruf zum zivilen Widerstand an offene Rebellion grenzte. Für sie ist das Camp David-Abkommen sowie der Vertrag von Oslo ein Fiasko, da die israelische Regierung durch ihre Bereitschaft, Land zurückzugeben, Juden direkt in Gefahr gebracht habe. Eine solche Landrückgabe stelle eine »Rebellion gegen Gott« dar. Die Vereinbarung Rabins mit Arafat signalisiere, daß Gott nicht länger Nachsicht übe und die apokalyptischen Leiden begännen.

Solche Ansichten vertreten nicht nur religiöse Außenseiter. Beispielsweise erklärten der ehemalige Knesset-Abgeordnete Eliyakim Ha'etzni und Ariel Sharon bei einem gemeinsamen Auftritt im Herbst 1995 vor israelischen Soldaten, auch in Hitlerdeutschland habe es Soldaten gegeben, die erkannt hätten, daß die Regierung das deutsche Volk ins Verderben führe. Auch die israelische Regierung tue dies, so Ha'etzni. »Sie will uns das Land unter den Füßen rauben, das Land der Bibel, das Heilige Land, ohne das der Staat Israel völlig sinnlos ist.« Sharon teilte diese Ansicht und versprach Unterstützung im Widerstand gegen die Regierung. Nicht die Palästinenser, sondern die Rabin-Regierung sei der eigentliche Feind des Friedens. »Die erste Tat einer anderen, jüdisch-nationalen Regierung, die mit Gottes Hilfe der jetzigen folgt, wird die Weiterentwicklung der Siedlungen sein.« Dieser Wunsch Sharons ist nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten in Erfüllung gegangen. In einem Interview mit »Ha'aretz« vom 12. April 2001 unterstrich er, daß keine einzige Siedlung geräumt werde. Auf die Frage, ob er bei Unterzeichnung eines Abkommens mit den Palästinensern Siedlungen räumen würde, antwortete der Ministerpräsident: »Nein, selbstverständlich nicht. Es ist kein Zufall, daß die Siedlungen dort sind, wo sie sind. ... Ich sehe absolut keinen Grund, die Siedlungen zu räumen. Solange es keinen Frieden gibt, bleiben wir da. Gibt es Frieden, besteht kein Grund, nicht mehr dort zu leben.«

Haetzni hatte auf der Veranstaltung im Herbst 1995 Peres des »Verrats an den Juden« bezichtigt und ihn als »Rehabeam« beschimpft, eine der schlimmsten Beleidigungen für einen Juden: Ein »Rehabeam« zettelt einen Bürgerkrieg an, so daß »Juden gegen Juden« kämpfen. Daher sei es die Aufgabe, ja sogar die »göttliche Pflicht« eines jeden Juden, gegen die Politik seiner Regierung vorzugehen und Widerstand zu leisten, wenn diese territoriale Kompromisse mit den Arabern eingehe, denn jede Gebietsverletzung komme

einem Sakrileg gleich. Für die fundamentalistische Siedlerzeitung »Nekuda« gibt es keinen Raum mehr für einen Dialog mit der Regierung, weil sie die Entstehung eines palästinensischen Staates fördere. Die Arbeitspartei habe sich zu einer Partei der »Feiglinge« und »Ängstlichen« entwickelt; sie verteidige die Rechte der Palästinenser in Eretz Israel.

Die Logik der Rechten ist schlüssig: Ha'etzni fragt zu Recht, warum die Israelis Tel Aviv beanspruchen, wenn sie auf Hebron verzichten wollen. Erhebe Israel nicht auf das gesamte Eretz Israel Anspruch, verliere es seinen Anspruch auf das Land in den Grenzen von 1948 und damit seine Existenzberechtigung. Die Israelis seien dann nichts anderes als bloße Landräuber, Eindringlinge, die sich der Vertreibung der indigenen Bevölkerung schuldig gemacht hätten. Diese religiös-mythischen »Rechtskonstruktionen« besitzen zwar keine Rechtsgültigkeit, doch die Extremisten, die sich als die Hüter der wahren Legitimität Israels und der Bibel sehen, nehmen die israelische Politik zur Geisel. Sie haben den geistigen Nährboden für das Attentat auf Rabin am 4. November 1995. Die extremistischen Siedler lieferten sich schon zu Beginn von Rabins Amtszeit Straßenschlachten mit den israelischen Ordnungskräften, bezeichneten den Ministerpräsidenten als »Verräter« und schickten ihm Morddrohungen. Nachdem drei Palästinenser Chaim Mizrahi aus der Siedlung Beit El erstochen und verbrannt hatten, steigerte sich der Zorn der Siedler gegen den Regierungschef noch, der sie in die Nähe der Hamas gerückt hatte. In dem Ort Or Akiva wurde ein Aufkleber mit der Forderung »Rabin muß umgebracht werden!« gefunden.

105 prominente rechte Persönlichkeiten unterschrieben einen »ethischen Verhaltenskodex gegen eine Regierung von Kollaborateuren, die eine Allianz mit dem Feind« eingegangen seien. Die Unterzeichner lehnten die Oslo-Vereinbarungen ab und sprachen der »terroristischen Rabin-Regierung« jegliche Legitimität ab, da sie sich auf die Stimmen arabischer Abgeordneter stütze. Ein Rückzug aus den Siedlungen wurde als »Verbrechen« bezeichnet, dem man sich widersetzen müsse. Gegen eine eventuelle Räumung von Siedlungen sollte mit Waffengewalt Widerstand geleistet werden. In diesem »Kodex« wurde auch die Registrierung der »Friedensverbrechen« der Rabin-Regierung für einen späteren Prozeß gefordert.<sup>7</sup>

Yigal Amir – der Rabin-Attentäter – war Jurastudent an der namhaften Universität Bar-Ilan in Tel Aviv, einem Zentrum des religiösen Fundamentalismus und extremer Gesinnung. Vor Gericht erklärte Amir, daß ein Jude, der »sein Volk und sein Land dem Feind überläßt, wie Rabin es getan hat, gemäß der Halacha getötet werden muß«. Rabin sei persönlich für die Ermordung von Juden durch palästinensische Terroristen verantwortlich. Er sei ein

Verbündeter der Palästinenser (»Rabin-Judenrat«). »Als ich zielte, war es, als zielte ich auf einen Terroristen.« Er habe es für Volk, Land und Thora Israel getan. Amir war von einem tiefen Haß auf die Araber und all jene durchdrungen, die mit ihnen kooperierten. Für Amir hatte die Rabin-Regierung ihre Legitimität verloren. Als er die Menschen auf dem »Platz der Könige« gesehen habe, habe er gesagt: »Schaut euch das Publikum an, die Hälfte davon sind Araber.« Bei der Vernehmung versuchten die Beamten vergebens, Amir Informationen über Hintermänner oder die Rabbiner zu entlocken, die ihm die religiöse Dispens für den Mord erteilt hatten, ohne die er die Tat nicht ausgeführt hätte, wie er gestand. Die Beamten waren überrascht, daß Amir dieses Attentat über einen langen Zeitraum geplant hatte; zweimal zuvor war er Rabin sehr nahegekommen, hatte seinen Plan jedoch nicht ausgeführt.

Bei seiner Vernehmung offenbarte Amir, daß zwei Rabbiner Rabin als Rodef und Mosser bezeichneten. Ein Rodef, das heißt ein Verfolger, bringt einen Juden in Todesgefahr. Wenn es keine andere Möglichkeit gibt, muß dieser Verfolger getötet werden, um andere Menschenleben zu retten. Das gilt nicht als Strafe, sondern als Erlösung. Ein Mosser ist ein Spitzel oder jemand, der andere ausliefert, vor allem Juden oder ihre Güter an Nichtjuden. Ebenso wie ein Rodef kann er ohne Urteil getötet werden. Die Ermordung war also ein Befehl von oben, und keiner konnte sie verhindern, wie Haggai, der Bruder Yigal Amirs, sagte. Die Tat Amirs war nach dem jüdischen Gesetz kein Mord. Sie war zwingend notwendig, um Gefahr vom jüdischen Volk abzuwehren. Der langjährige Chefarzt der psychiatrischen Abteilung an der Universitätsklinik Tel Hachomer in Tel Aviv, Aron Ronald Bodenheimer, wies dies nach und machte Gott als den einzig Schuldigen aus. »Wer über Amir richtet, der richtet über Gott ... der Täter wohnt im Himmel. Wenn es derselbe Gott ist, der die biblischen Bücher beider Testamente in die Welt getragen hat, so ist er der Schuldige.«<sup>8</sup>

Der Campusrabbiner Israel Hess von der Bar-Ilan-Universität veröffentlichte Anfang der achtziger Jahre ein Traktat mit dem Titel »Das Gebot zum Völkermord in der Thora«. Alle, die dem »Volk Gottes« den Krieg erklärten, seien »Amalekiter« (Erzfeinde Israels). Gott erkläre den Gegen-Jihad, so Hess. In einem solchen Krieg müßten die »Amalekiter« bis zum letzten Weib und Kind ausgerottet werden. Hess lehrt noch immer an dieser Universität, wo die Anhänger Meir Kahanes rassistische Plakate anbringen durften, die Rabin zeigten, wie er sich Blut von den Händen wäscht.

Rabbiner waren federführend beteiligt an aufrührerischen Aktionen gegen die rechtmäßig gewählte Regierung, die sie bezahlt hat. Zu ihren Standardargumenten gehörte, die Regierung stütze sich nicht auf eine jüdische Mehrheit, noch schlimmer sei, daß sie in der Knesset die

Stimmen der arabischen Abgeordneten benötige, die ihre Weisungen von Arafat erhielten. Diese Abgeordneten sind jedoch israelische Staatsbürger.

Auch der spätere Ministerpräsident Netanyahu hat sich an der Hetze beteiligt. Er attackierte Rabin bei der Beratung über das Interimsabkommen im September 1995 in der Knesset mit den Worten: »Sie, Herr Ministerpräsident, werden als der Premierminister in die Geschichte eingehen, der eine Armee palästinensischer Terroristen gegründet hat ... Sie, Yitzhak Rabin, klage ich an, Sie schüren den arabischen Terror, Sie tragen die unmittelbare Verantwortung für das scheußliche Massaker in Tel Aviv. Sie sind schuldig. Dieses Blut kommt über Ihr Haupt.« Netanyahu und andere Likud-Politiker wie Sharon und Ehud Olmert sprachen auf Kundgebungen, auf denen die Likud-Anhänger eine kleine Minderheit in einem Meer von religiösen Fanatikern waren. Sie distanzierten sich nicht von Plakaten, auf denen Rabin als »Verräter«, »Mörder« oder als »Rabin-Judenrat« bezeichnet wurde.

Dies ist eine der übelsten Verleumdungen, da sie Rabin eine Kollaboration mit den Palästinensern unterstellt, die zur Vernichtung Israels führen würde. Auf Demonstrationen wurde u.a. eine Rabin-Puppe mit einer palästinensischen Keffieh, in SS-Uniform und mit Hakenkreuzbinde gezeigt. Diese Puppe baumelte am Galgen, oder sie lag auf einem Sarg mit der Aufschrift »Rabin, Mörder des Zionismus«. Während einer Kundgebung schrien Rechtsextremisten: »Mit Blut und Feuer werden wir Rabin vertreiben.« Sie verglichen ihn mit Marshall Petain, präsentierten eine Anklageschrift für einen späteren Hochverratsprozeß. Die Redner hämmerten dem Publikum feindselige Parolen regelrecht ein.

Am 4. Oktober 1995 veranstaltete eine Gruppe von »Mystikern«, hauptsächlich Rabbiner, eine gespenstische Zeremonie vor Rabins Wohnung, die als die furchtbarste aller Stigmatisierungen gilt. Dabei wurde eine »Pulsa denura« ausgesprochen, ein Fluch, der die Tötung des mit dem Verdikt Belegten verlangt: In ihr beschworen sie »Racheengel«, die Rabin mit »peitschenden Feuerhieben« (Pulsa denura) töten sollten. »Und gegen ihn, Yitzhak, Sohn der Rosa, den man als Rabin kennt, ist es uns erlaubt, die Engel der Vernichtung anzurufen, damit sie das Schwert erheben, um diesen schlechten Menschen zu töten; denn er händigt das Land von Israel an unsere Feinde aus, an die Söhne von Ismael.« Ein Teilnehmer äußerte vor der Fernsehkamera: »Der Verräter Rabin wird verdammt. Dieses Urteil ist das stärkste und wenn es angewandt, funktioniert es immer.« Am 4. November, 30 Tage nach diesem religiösen Mummenschanz, war Rabin tot.<sup>9</sup>

Diese Aktionen gehören gewiß zu den politischen und moralischen Tiefpunkten in der Geschichte Israels. Für den Vorsitzenden der Liga für Menschenrechte Israel Shahak liegen die Wurzeln solcher Gedanken in der jüdischen Religion, die von allen Orthodoxen und Nationalreligiösen befolgt wird; diesem Gedankengut können sich auch die säkularen Israelis nicht vollständig entziehen.<sup>10</sup>

Heftige Kritik am Verhalten und den Erklärungen der Rabbiner übte der Wissenschaftler Haim Gordon. »Das Einzigartige an diesem Götzendienst ist, daß er durch nationalistische, politische Ansichten bestimmt wird und von Juden kommt, die sich als religiös bezeichnen«, so auf einer Konferenz im Juni in Beer Sheva. Dieser Götzendienst verbreite sich wie ein »Krebsgeschwür« und werde zur Normalität. Keiner der führenden Rabbiner und Politiker habe sich dagegen gewandt. »Die Rabbiner sind keine ›spirituellen Führer‹. Sie sind Schwindler ... Hunderte von Rabbinern in Israel sind Götzendiener, weil sie ihre Anhänger nicht zu einem Leben in Gerechtigkeit gemäß den Geboten anhalten, statt dessen ermutigen sie sie die Gebote zu mißachten und das Land Israel zu verehren.« Diese Art des Judentums sei zu einer fanatischen und wahnsinnigen Religion geworden, die die Spiritualität der Bibel vermissen lasse. Viele Israelis hätten sich gegenüber ihren Nachbarn »versündigt«, was zu Wiedergutmachungsleistungen führen müsse.<sup>11</sup> Diese religiösen Kräfte, so Stefanie Christmann im oben zitierten »Freitag«, blockierten nicht nur die Rückgabe der Gebiete, »sondern bekämpfen und unterminieren darüber hinaus auch den säkularen Rechtsstaat, um an seiner Statt einen fundamentalistischen Judenstaat zu errichten«.

Teile der Linken und die Arbeitspartei bewerteten die Tat als die eines »verrückten Siedlers« (Ehud Barak) oder als ein »ausländisches Implantat« (Amos Oz). »Diese Morde mögen Wahnsinn sein, aber die Weltanschauung, die ihnen zugrunde liegt, ist nicht Wesensfremdes, nichts, was Israels politischer Kultur fremd wäre. Ihre geistigen Wurzeln reichen vielmehr tief in die Geschichte des Zionismus hinein.«<sup>12</sup> Amir und Goldstein sind zwar Mörder, aber Wahnsinnige waren sie nicht. Deshalb kann dem Journalisten Amos Elons nicht gefolgt werden, der Amir als den im Lande aufgewachsenen guten Jungen von nebenan und Goldstein dagegen als amerikanischen Cowboy auf der Suche nach dem Wilden Westen charakterisierte.<sup>13</sup> Dieses Argument ignoriert die theologische Tradition, in der beide stehen. Die Taten wurden nicht von politischen Wirtköpfen oder Wahnsinnigen verübt, »sondern von rational handelnden Intellektuellen«<sup>14</sup>.

Für die Arbeitspartei und Meretz sowie andere liberale und linke Gruppierungen trugen die Rechten Schuld an dem Attentat. Die Linke stilisierte Yitzhak Rabin zu einem »Heiligen«,

»Friedenspolitiker« oder wie Lea Rabin zu einem »Denkmal«.<sup>15</sup> Nach seiner Ermordung verstieg sich die Linke zu kuriosen Äußerungen: »Yitzhak, Du siehst von oben auf uns herab« oder »Rabin, sage Gott, dem Du so nahe bist, schaffe Netanyahu weg.« Auch die »Denkmal-Pose« wird Rabin nicht gerecht, der den größten Teil seines Leben ein »Mann des Krieges« war. 1948 und 1967 war er an den Vertreibungen der Palästinenser maßgeblich beteiligt. Erst seit 1993 war er aus strategischer Notwendigkeit bereit, sich um einen Ausgleich mit den Palästinensern zu bemühen. Wenn man die Abkommen analysiert, die er ausgehandelt hat, kann man nur schwer nachvollziehen, warum die westliche Öffentlichkeit ihn einen »Friedenspolitiker« genannt hat. Rabin war gegen einen souveränen Palästinenserstaat, gegen die Auflösung der Siedlungen, gegen das Rückkehrrecht der Palästinenser und gegen Ost-Jerusalem als Hauptstadt für die Palästinenser. Es muß daran erinnert werden, daß er Ende März 1993 die Politik der Abriegelung initiierte, die bis heute in Kraft ist, und im Juli 1993, als in Oslo bereits Geheimverhandlungen geführt wurden, einen Kurzkrieg im Libanon geführt hat, durch den 500000 Menschen vertrieben worden sind.

Nach dem Attentat auf Rabin schien die Rechte in Israel zunächst wie gelähmt. Plötzlich wollte keiner von ihnen die Hetztiraden geäußert, keiner an den Anti-Regierungsdemonstrationen teilgenommen haben. Die Linke beging den Fehler, den Geheimdienst pauschal zu verteidigen. Nach der Regierungsübernahme durch Netanyahu bezichtigte die Rechte ihrerseits die Linke sowie den Geheimdienst Shin Bet, am Mord Rabins nicht unschuldig zu sein. Die Rechte verbreitete zwei Versionen über den Mord an Rabin: eine extreme und eine moderate.

Nach der extremen Variante, die am 31. Oktober 1997 in der Zeitung der Nationalreligiösen Partei, »Hatzofe«, veröffentlicht und am 2. November von »Ha'aretz« nachgedruckt wurde, soll der Geheimdienst von Amirs Mordplan gewußt und den Ministerpräsidenten informiert haben. Er habe den Anschlag gebilligt, aber den Geheimdienst angewiesen, die Kugeln gegen Platzpatronen auszutauschen. Ein leitender Shin Bet-Agent habe Peres informiert, und beide hätten beschlossen, die Patronen nicht auszutauschen. Fast alle israelischen Politiker, einschließlich Netanyahu und Peres, haben diese Darstellung zurückgewiesen. Am 9. November berichtete »Ha'aretz«, ein erheblicher Teil gemäßigter Besucher von Synagogen schenke der Version Glauben. Der Wissenschaftler Israel Shahak ging von zirka 20 Prozent der Israelis aus.<sup>16</sup> Der Rabbiner Yitzhak Ben-Nun gab zu Protokoll: »Ist es nicht eine Schande, daß die Linke die Hälfte der israelischen Bevölkerung des Mordes bezichtigt? Bin

ich ein Mörder? Wenn sie wissen wollen, wer der Mörder ist, sollen sie Shimon Peres fragen ... Ich glaube, daß der Shin Bet Rabin umgebracht hat, um ihn durch Peres zu ersetzen.«

Die moderate Version geht ebenfalls von einer Verwicklung Shimon Peres' aus und wirft dem Geheimdienst vor, bei dem Mord entweder geholfen oder ihn arrangiert zu haben. Diese Vorwürfe beziehen sich einerseits auf die Aktivitäten des Verbindungsmannes zum Geheimdienst, Avishai Raviv, und seine Verbindung zu Amir und andererseits auf den nachlässigen Schutz von Rabin. Durch immer neue Enthüllungen hat der im allgemeinen gute Ruf des Shin Bet immensen Schaden genommen. Der Geheimdienst gilt als ein Exportschlager Israels. Allein in Afrika sollen 20000 Israelis Sicherheitsaufgaben ausführen. Der Untersuchungsbericht zur Ermordung Rabins unter Leitung des ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichts Meir Shamgar kam zu dem Schluß, daß der Shin Bet seine Pflichten vernachlässigt habe. Über das extremistische Potential in Israel und das religiöse Milieu, in dem Leute wie Amir gedeihen konnten, fiel darin kein Wort.

Der Shin Bet ist in fast alle Vorgänge der israelischen Politik direkt involviert und beeinflusst Entscheidungen. Der Politologe Ilan Pappé vertritt die These, daß der Shin Bet den Politikern die Strategie gegenüber den Palästinensern »diktiert«.<sup>17</sup> Bisher hat das israelische Parlament noch kein Gesetz verabschiedet, das dem Shin Bet legale Fesseln anlegen würde. Die Öffentlichkeit sollte seine rechtswidrigen Aktionen nicht mit dem »Sicherheitsargument« rechtfertigen und seine bestimmende innergesellschaftliche Rolle nicht länger akzeptieren.

Baruch Goldstein, Yigal Amir und hunderttausend andere, die Gruppen wie dem »Gush«, »Kach«, »Kahane Chai«, »Zu Arzeno« angehören, haben eine religiöse Erziehung genossen, ohne die die Morde dieser beiden und der latente Ethnozentrismus der israelischen Gesellschaft nicht zu verstehen sind. Die extrem nationalistische Rechte hatte ihren Mitgliedern immer wieder eingepflegt, kein Mitglied des eigenen »Stammes« zu töten; dieses Tabu wurde jedoch in Folge der Radikalisierung der Gesellschaft gebrochen. Da die Israelis sich immer um die äußeren Feinde gekümmert haben, blieben ihnen die inneren Feinde verborgen. Hinzu kommt, daß man die Tötung von Palästinensern jahrzehntelang quasi als Kavaliersdelikt akzeptiert und in den seltensten Fällen strafrechtlich geahndet hatte. Straftaten der Siedler wurden meist lax verfolgt. Ihren illegalen Aktivitäten gaben beide Regierungslager oft nach. Die Regierung hat auch lange geduldet, daß sich die Religiösen und die Nationalisten im Widerspruch zum säkularen Recht immer wieder auf »göttliches« Recht berufen haben. Dagegen sind Palästinenser wie jüngst drakonisch bestraft worden: Die palästinensische Menschenrechtsorganisationen LAW und PCATI auf israelischer Seite haben

übereinstimmend berichtet, daß am 21. Januar 2001 zwei israelische Gerichte völlig gegensätzliche Urteile gefällt haben. So wurde ein israelischer Siedler wegen Totschlags an einem palästinensischen Kind zu sechs Monaten Gemeinschaftsdienst und einer Geldstrafe von 17500 US-Dollar verurteilt, ein palästinensisches Mädchen dagegen, das einen Siedler mit einem Messer angegriffen hatte und ihn dabei leicht verwundete, bekam sechseinhalb Jahre Gefängnis.

Die Idolisierung von Extremisten treibt in der israelischen Gesellschaft seltsame Blüten. So errichtete man dem Massenmörder Baruch Goldstein im Meir-Kahane-Park in der Extremistensiedlung Kiryat Arba ein Grabdenkmal, das zu einer Wallfahrtsstätte aller religiösen Extremisten und Nationalisten in Israel wurde. Erst nach Jahren verabschiedete die Knesset ein Gesetz, das dieses Denkmal verbot; es wurde daraufhin entfernt. Auch der Rabin-Mörder wurde in Israel zum »Idol«. So berichtete das israelische Fernsehen von drei etwa 17jährigen Schülerinnen, die einen Yigal-Amir-Fanclub gegründet haben. Sie erklärten, Eltern und Lehrern rechtfertigten und förderten dies sogar aktiv. Vor der Kamera reichten sie Fotos ihres »Helden« herum, rühmten seinen Mut und priesen das Lächeln, das er während seines ganzen Prozesses auf den Lippen trug. Die Mädchen besuchen religiöse Schulen und sind dem orthodoxen Flügel der israelischen Gesellschaft zuzurechnen. Die Schuldirektorin sprach von »wirren« Ideen irreführender Halbwüchsiger, aber an den Wänden der Schule fanden sich Schmierereien, die Shimon Peres den Tod wünschten.

Die Journalisten Ariel Weiss und Avi Segal berichteten am 6. Dezember 1996 in »Yerushalayim«, ein Viertel der jüdischen, nationalreligiösen Öffentlichkeit unterstütze die Tat von Yigal Amir. Der Leiter der religiösen Schule »Dugma Uziel« lehnte es ab, der Ermordung Rabins in seiner Schule offiziell zu gedenken, da es zu Unruhen kommen könne. Ein erheblicher Teil der Schüler gehöre zu Familien, die die Ermordung gutheißen würden. Eine Untersuchungskommission, die vom Erziehungsministerium mit dem Ziel eingesetzt worden war, die religiösen Schulen von diesen Behauptungen reinzuwaschen, kam zu dem Schluß, es gebe eine besorgniserregend starke Minderheit, »die sich gegenüber der Ermordung entweder indifferent verhält oder sich in einigen Fällen sogar damit identifiziert«. Auf einer Pressekonferenz erklärte der ehemalige Erziehungsminister Zevulun Hammer: »Falls es Lehrer gibt, die eine solche Position vertreten, haben sie keinen Platz im Bildungssystem.«

Da sich Israel als ein »jüdischer« Staat definiert, werden alle nichtjüdischen Bürger qua definitionem diskriminiert. Die Orthodoxen betrachten alle Nichtjuden als nicht gleichwertig,

religiöse Fundamentalisten und extreme Nationalisten berufen sich auf das jüdisch-orthodoxe Gesetz, demzufolge der Boden des »Landes Israel« heiliger als ein Menschenleben ist und von den Gojim (Nichtjuden) befreit werden muß.

Professor Israel Shahak schrieb am 8. April 1994 in der Zeitung »Davar«: »Nach der Aufdeckung der Mordanschläge des ›Jüdischen Untergrunds‹ wurde kein Versuch gemacht, die halachischen Wurzeln dieser Taten zu begreifen. Meiner Ansicht nach ist das der Hauptgrund dafür, daß der Mörder Goldstein seinen Plan ausführen und die Sympathie und das Verständnis so weiter Kreise gewinnen konnte. Ich hoffe, jenem Teil der Öffentlichkeit, der nicht wünscht, daß wir in Israel Zustände wie im Iran Khomeinis bekommen, genügt diese Erfahrung mit dem Ignorieren grundlegender Probleme, und dieser abscheuliche Mord wird zum Anlaß genommen, sich mit seinen ideologischen Wurzeln zu beschäftigen.

Einem Juden ist es gemäß der Halacha generell verboten, einen Gojim vom Tode zu erretten. Diese Regel gilt auch für einen jüdischen Arzt – sofern er die Halacha praktiziert. Wenn ein religiöser Jude Goldstein daran gehindert hätte, Nichtjuden zu töten, hätte er sich gemäß der Halacha nur von der Frage leiten lassen dürfen, ob dieses Töten den Juden oder den jüdischen Siedlungen ›zum Guten‹ diene, so wie wir es tatsächlich von gewissen religiösen Wortführern hören. Die Grundregel, daß das Leben eines Nichtjuden nach der Halacha keinerlei Wert besitzt, wird noch deutlicher bei einem in der Halacha ausführlich behandelten Thema, nämlich dem Problem der Entweihung des Sabbats im Fall der Behandlung eines kranken Gojim. Handelt es sich um einen Juden, gilt das Gesetz von der ›Errettung aus Lebensgefahr‹, das das Sabbatgesetz aufhebt. Der Halacha (und Kabbala) zufolge haben aber die Nichtjuden keine Seele, und daher entscheidet die Halacha, daß ein Jude, inklusive ein jüdischer Arzt, den Sabbat nicht entweihen soll, um einen Gojim zu retten oder zu behandeln, es sei denn im Falle einer Gefahr für Juden ...

Diesen religiösen Gesetze folgen die meisten Nationalreligiösen und alle Orthodoxen. Darauf beruht ihr Standpunkt, den sie zur Tötung von Arabern durch einen Juden einnehmen, so wie das im Fall des ›Jüdischen Untergrunds‹ geschah. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß diese Gesetze nicht nur die gesamte religiöse Öffentlichkeit beeinflussen, sondern auch jene säkularen Kreise, die sich nicht gänzlich von der Religion befreit haben, speziell in ihrem Verhalten zu den Nichtjuden.«

Da sich der latente Rassismus der israelischen Gesellschaft aus der in der Religion fixierten »Auserwähltheit« des jüdischen Volkes speist, betonte Israel Shahak: »Obwohl der Kampf

gegen den Antisemitismus (und alle anderen Formen des Rassismus) niemals nachlassen sollte, ist der Kampf gegen den jüdischen Chauvinismus, der eine Kritik des klassischen Judentums mit einschließt, jetzt von gleicher oder größerer Wichtigkeit.«<sup>18</sup>

Indirekt wies auch der Rabbiner David Hartman in der »Jewish Week« auf dieses Problem hin: »Ich denke, wenn wir dies alles als etwas uns Fremdes, als eine Art Unfall betrachten, dann entziehen wir uns einer Auseinandersetzung mit uns selbst. Es handelt sich um keinen Unfall, sondern eindeutig um etwas, was in diesem Land gedeiht. Etwas, das aus unserer Tradition erwächst ... Es besteht gar kein Zweifel daran, daß es in der jüdischen Religion manches gibt, was zu solch einem rassistischen Verständnis anleiten kann ... Was Goldstein tat, gemahnt mich daran, wie gefährlich es ist, das Reden über Amalek unwidersprochen zu lassen. Goldstein hat mich erkennen lassen, welche Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Moral man unter dem Vorwand begehen kann, es gebe nur einen Wert, der alles andere ausschließt, nämlich das Land (Israel), und die Herrschaft über das ganze Land sei der Endzweck ... Das ist keineswegs nur irgendeine abwegige Nebensache. Das ist ein kranker Bestandteil, der das jüdische Selbstverständnis zu infiltrieren vermag.«

Goldstein hatte sich als Militärarzt aus religiösen Gründen stets geweigert, Nichtjuden zu behandeln. Dies gab er auch gegenüber dem Obersten Militärrabbiner Gad Navon laut »Yediot Aharonot« vom 1. März 1994 zu Protokoll: »Ich bin als Arzt nicht bereit, jemanden zu behandeln, der kein Jude ist. Ich erkenne nur den Rambam und Kahane an.« Trotzdem wurde ihm nicht gekündigt. Wie Shahak belegt, weist die Halacha solches Verhalten an: »Besteht das Risiko, daß die Weigerung eines frommen jüdischen Arztes, Nichtjuden zu behandeln, den Behörden gemeldet werden könnte, dann darf er sie behandeln, doch nur, um sich selbst und anderen Juden irgendwelche Unannehmlichkeiten zu ersparen. Es gibt gute Gründe anzunehmen, daß fromme Ärzte – und Goldstein war solch ein frommer Arzt –, falls sie durch die Umstände dazu gezwungen waren, Araber zu ›behandeln‹, diese nicht zu heilen versuchten. Selbst wenn sie den Tod ihrer Patienten nicht ausdrücklich herbeiwünschten, so unternahmen sie doch nichts Wirksames, um ihren Zustand zu verbessern.«

Der Rabbiner Dov Lior aus Kiryat Arba nannte den Massenmörder einen »Gerechten«, da Goldstein im Namen Gottes gehandelt habe. Goldstein bekam ein pompöses Begräbnis mit einem Trauerumzug in Jerusalem und der Beisetzung in Kiryat Arba. Seine Witwe, eine Kach-Aktivistin, wurde insgeheim zur Heldin. Für das Auskommen von Miriam Goldstein und ihren vier Kindern ist gesorgt. Sie äußerte kein Wort des Bedauerns gegenüber den Angehörigen der von ihrem Mann Ermordeten, forderte aber die »Bestrafung« der Mörder

ihres Mannes. In welcher religiösen Wahnwelt die Bewohner Kiryat Arbas leben, verdeutlicht folgende Eintragung im Tagebuch von June Leavitt: »Baruch Goldstein hat unser aller Bewußtsein verändert ... (er) konfrontiert jeden von uns erneut mit dem Prinzip des ›Märtyrertums‹ ... (er) hat wie die Juden in der Bibel gehandelt ... Wenn sie unsere Basis ist, dann geht auch Baruchs Verhalten damit konform.«<sup>19</sup>

Viele Rabbiner, die der Lehre des Talmud folgen, betrachten Nichtjuden als Tiere, deren Leben nicht heilig sei. David Kavits, Rabbiner aus der Siedlung Yitshar in der Nähe von Nablus, wurde von der Zeitung »Ma'ariv« am 22. Januar 2001 mit den Worten zitiert: »Das Töten von Arabern stellt kein moralisches Problem dar.« Einige Tage zuvor hatte der Rabbiner eine jüdische Fatwah veröffentlicht, in der es heißt, Juden sei das Töten von Palästinensern unter der Bedingung erlaubt, »daß damit kein jüdisches Leben gefährdet wird und der Jude damit ungestraft davonkommt«.

Nach dem Sechstagekrieg hat sich das Militär zunehmend mit der religiösen Variante des Zionismus identifiziert. Die oberen Ränge des Offizierskorps fühlten sich eher dem säkularen Zionismus der Arbeitspartei verpflichtet, doch Oberst Mikha Regev, ein stellvertretender Bataillonskommandeur, verwies in einem Interview, das am 23. November 1995 in der Zeitung »Davar« erschien, auf eine wachsende Zahl von Soldaten, die aus den Hesder-Jeshivas kommen, von Rabbinern in der messianischen Tradition, wie sie Kook gelehrt hat, erzogen wurden und »das säkulare Regime in Israel« tief verachten. Eine keineswegs unbedeutende Zahl dieser nationalreligiösen Trends sei »sehr gefährlich«: »Sie betrachten den Zionismus als einen Prozeß kosmischer Erlösung, den säkularen Zionismus definieren sie als einen kollektiven Messias.« Ihre Vorstellungen haben nichts mit der ursprünglichen Idee des Zionismus gemein, sie nutzen ihn als Hülle für religiös-nationalistische Gedanken. Insbesondere die Eliteeinheiten der israelischen Armee werden auf Anweisung der Rabbiner von Extremisten mit dieser Gesinnung infiltriert. »Diese Yeshiwot verkörpern eine Verbindung von Thorastudium und Militärdienst par excellence«, so Moshe Zimmermann.<sup>20</sup>

Baruch Kimmerling, Professor für Soziologie an der Hebräischen Universität, hat bereits 1994 darauf hingewiesen, daß die Penetration der Armee durch religiöse Eiferer« auf lange Sicht zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen führen werde: »Einerseits ist es schwer vorstellbar, wie die Armee einer großen Anzahl von Soldaten, die der Ideologie der Siedler nahestehen, befehlen kann, eine Siedlung zu räumen, andererseits kann ich mir kaum vorstellen, wie die israelische Armee ideologisch gereinigt werden kann.« (»Ha'aretz«, 6. April 1994) Die Armeeführung ignorierte seine Warnung.

Auch Shahak betrachtet die Verflechtung von Militär und Religion langfristig als Gefahr für die Sicherheit Israels. »Die Zahl der religiös orientierten Offiziere und Soldaten nimmt stark zu, weil die messianischen Juden die stärksten Militaristen in Israel sind. Sie erziehen ihre Kinder für den Militärdienst über die drei Jahre hinaus. Sie unterhalten Schulen mit einem militärischen Ausbildungsprogramm, in denen die Schüler mit dem Ziel erzogen werden, Offiziere in Elite-Einheiten zu werden. Zirka 30 Prozent eines Offiziersjahrganges gehören den messianischen Juden an. Sie sind exzellente Soldaten. Die Armee bevorzugt sie. Sie könnten versucht sein, einen Staatsstreich zu organisieren, der von ihrem ideologischen Standpunkt aus immer mehr eine Möglichkeit darstellt.«<sup>21</sup> Die Regierung Barak scheiterte mit ihrem Vorhaben, orthodoxe Religionsstudenten zum Militärdienst einzuziehen. Ariel Sharon hat von diesem Vorhaben endgültig Abschied genommen.

Bereits das Attentat auf Rabin signalisierte, wie stark der gesellschaftliche Konsens in Israel erschüttert ist. Noch haben die religiösen Fundamentalisten die geistige Hegemonie über die Gesellschaft nicht errungen, jedoch agieren sie immer offensiver. Die Zeitung »Maariv« druckt jeden Tag eine bis zwei Seiten mit gegenseitigen Anschuldigungen von Religiösen und Säkularen ab. Gezielt werden säkulare Israelis aus Wohnvierteln der Religiösen verdrängt. In der israelischen Siedlung Ramot in Ost-Jerusalem soll das Schwimmbad in ein religiöses Reinigungsbad (Mikwe) umfunktioniert werden. Immer öfter findet die Vereidigung der Rekruten vor der Klagemauer in Jerusalem und nicht mehr auf der ehemaligen Festung Massada statt. Die Fundamentalisten verlangen außerdem eine eigene Holocaust-Gedenkstätte, da in Yad Vashem Fotos ausgestellt sind, auf denen nackte Menschen in die Gaskammern getrieben werden, die Religion aber Nacktheit verbiete.

Der israelisch-palästinensische Konflikt hat den Kulturkampf, in dem es darum geht, ob Israel sich weiter als säkularer Staat versteht oder sich zu einem »Gottesstaat« entwickelt, in den Hintergrund gedrängt.

Der Zorn der Fundamentalisten richtete sich auch gegen Netanyahu, obwohl ihr Einfluß in seiner Amtszeit als Ministerpräsident zunahm. Nach der Unterzeichnung des Hebron-Protokolls stempelte das nationalistische Lager um die verbotene Kach-Bewegung Netanyahu zum »Verräter«. Die »Habad«-Bewegung drohte, ihn wegen gebrochener Versprechen vor ein Thora-Gericht zu stellen. Diese mystische Bewegung hatte im Wahlkampf mit dem Slogan »Netanyahu ist gut für die Juden« geworben. Die Orthodoxen führten im Zusammenhag mit dem geplanten Konversionsgesetz eine weitere Machtprobe herbei, konnten aber ihren Alleinvertretungsanspruch nicht durchsetzen. Das Gesetz sollte regeln, wer Jude ist und wie

man zum Judentum konvertieren kann. Die Konversion garantiert automatisch ein Recht auf Staatsbürgerschaft; die Mehrzahl der amerikanischen Juden wären nicht mehr als Juden anerkannt worden, wenn dies ausschließlich orthodoxen Rabbiner überlassen worden wäre. Liberale, die für eine Trennung von Staat und Religion plädierten, aber auch Konservative befürchteten zu Recht, nichtorthodoxe Juden könnten dann weitgehend von Ämtern und vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden.

Die Furcht der durch den Mord an Yitzhak Rabin in eine Identitätskrise gestürzten säkularen israelischen Elite, weiter an Einfluß zu verlieren, ist nicht unbegründet. Die durchschnittliche Geburtenrate in Israel liegt bei 2,9, die der Orthodoxen bei 5,9. Nach einer Umfrage der Zeitung »Yediot Aharonot« haben 17 Prozent der Israelis in den letzten sechs Jahren eine enge Beziehung zur Religion aufgebaut. So sind 13000 nichtreligiöse Juden zu Haredim geworden, 24000 zu praktizierenden Gläubigen und 130000 zu Traditionalisten. 175000 Traditionalisten zu praktizierenden Gläubigen und 24000 praktizierende Gläubige zu Haredim. Der gleichen Umfrage zufolge bekennen 44 Prozent, daß sie der Religion näher stünden als ihre Eltern, 33 Prozent der Fälle geben eine gleiche Beziehung an, und nur 22 Prozent waren weniger religiös als ihre Eltern.

Im Streit zwischen religiösen und säkularen Israelis geht es nach Israel Shahak in erster Linie um die Haltung gegenüber den Nichtjuden. »Die wirkliche Frage ist, ob die israelischen Juden weiterhin eine Haltung von Haß, Verachtung und den Wunsch nach Trennung von allen Nichtjuden pflegen sollten, die für die jüdische Haltung (mit wenigen Ausnahmen) gegenüber Nichtjuden charakteristisch war in der Zeit von 400 v.Chr. bis ins 19. Jahrhundert und die für orthodoxe Juden bis heute gilt.«<sup>22</sup>

Dieser These Shahaks hat der der Arbeitspartei nahestehende Rabbiner Tzvi Elimelech Halberstam in »Ha'aretz« vom 15. August 1997 widersprochen: »Die Gefahr, die von den Reformjuden für Israel ausgeht, ist für das Land größer als jede andere, weil sie nicht nur eine materielle, sondern eine spirituelle Gefahr ist. Die Nichtjuden, die von der reformierten Bewegung zum Judentum konvertieren, und die Israel als Juden betrachtet, behalten aber eine nichtjüdische Mentalität. Als solche fahren sie fort, Juden zu hassen, da die Nichtjuden immer Juden hassen. Aus diesem Grund bilden diese Juden eine fünfte Kolonne und deshalb muß man die Reformjuden in Tel Aviv und Netanya mehr fürchten als die Araber in Ramallah.« Während Shahak den Haß der in der talmudischen Tradition verwurzelten Juden auf alle Nichtjuden beschrieb, bezog sich Halberstam auf das zionistische Vorurteil, die Nichtjuden

hätten schon immer Juden gehaßt. Der Vorwurf des Hassens klingt für westliche Ohren geradezu unglaublich.

Vom Phänomen des Hasses in der israelischen Gesellschaft sprach auch Moshe Zuckermann in einem Interview mit dem Verfasser. Er berichtete von Schülern, die nach Auschwitz fahren, den Holocaust nicht mehr mit Deutschland in Verbindung bringen und die Polen hassen, weil sie ja jemanden hassen müssen. Eine junge israelische Journalistin habe unumwunden erklärt, sie hasse Deutsche aufgrund ihres Deutschseins. Auch gegen die Palästinenser richte sich Haß. Statt zu differenzieren, werde der universelle Amalek (Erzfeind) beschworen. Es sei wichtig, daß es zu einer Abkehr vom Haß komme. Konkret könne dies so aussehen, daß aus dem Holocaust der Schluß gezogen wird: Nie wieder Opfer.<sup>23</sup>

Professor Yehuda Elkana hatte bereits neun Jahre früher ein »Plädoyer für das Vergessen« des Holocaust (»Ha'aretz« vom 8. März 1988) vorgeschlagen. Die systematische Verinnerlichung des Holocaust als nationales Trauma im öffentlichen israelischen Bewußtsein beeinträchtigt das politische Urteilsvermögen und die persönlichen moralischen Maßstäbe in Israel zu stark. Die Israelis sollten die Herrschaft des historischen Mahnrufes »Zachor« über ihr Leben abschütteln und sich der Zukunft widmen, anstatt sich von früh bis spät mit Sinnbildern, Zeremonien und den Lehren der Shoa zu beschäftigen.

## **2. Die Kluft zwischen Ashkenasim und Sephardim/Mizrahim**

Die Auseinandersetzung zwischen den ashkenasischen und den sephardischen Juden sowie der Streit über das Definitionsmonopol der orthodoxen Juden legen die These nahe, daß ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen Judentum (Religion) und Nation (Israel) besteht. Die beiden Strömungen des Judentums basieren auf grundverschiedenen Lebensformen und unterschiedlichen kulturellen Fundamenten; die Juden aus verschiedenen Herkunftsländern können nur zu einer Nation werden, wenn sie im »Israelismus« assimiliert werden. Hat der heute vorherrschende »ethnozentrische Zionismus« überhaupt noch etwas gemein mit dem säkularen Zionismus, aus dem der »Israelismus« hervorgegangen ist?

Meines Erachtens sind die von Beginn an im Zionismus bestehenden Gegensätze bis heute erhalten geblieben. Die ashkenasische Hegemonie in Politik, Militär, Wirtschaft und Kultur wurde durch die demographischen Verschiebungen zugunsten der Sephardim nicht

aufgehoben. Dabei mag der Impetus des westlichen Fortschrittsanspruchs gegenüber den »rückständigen« Orientalen eine Rolle gespielt haben.

Der ursprüngliche Zionismus hat sich als eine Emanzipationsbewegung für alle Juden verstanden, seine Protagonisten haben die Begriffe »jüdisch« und »zionistisch« immer synonym verwendet. Praktisch war der Zionismus zunächst für eine kleine Minderheit europäischer Juden eine Art »Befreiungsbewegung«. Die Zionisten hatten mit einer Massenauswanderung europäischer und vor allem osteuropäischer Juden nach Palästina gerechnet. Nachdem im Holocaust ein Drittel der Judenheit ermordet worden war und Stalin den in der Sowjetunion lebenden Juden die Ausreise untersagt hatte, sollten jüdische Einwanderer aus anderen Ländern die Bevölkerung des Staates auffüllen und einen ausreichenden Bestand an Arbeitskräften sichern. Die Jewish Agency entschied sich für die Juden aus arabischen Ländern. Jene dreiviertel Million arabischer Juden wurde zu einem wichtigen politischen Faktor.<sup>24</sup> Erstmals wurde den Mizrahim/Sephardim ein eigener Wert zugesprochen. Wie der Journalist Tom Segev nachweist, gab es innerhalb der zionistischen Elite Israels heftige Widerstände gegen eine solche Politik. Eine Erste-Welt-Elite schuf eine Nation mit einem Dritte-Welt-Volk, den Sephardim, denen in der israelischen Gesellschaft nur ein untergeordneter Platz zugestanden wurde. Aus dieser latenten Diskriminierung resultiert die weitverbreitete Abneigung innerhalb der sephardischen Bevölkerung Israels gegenüber den Ashkenasim.

Wie groß die Abneigung der Sephardim gegenüber den Ashkenasim ist, zeigen die Äußerungen des ehemaligen Vorsitzenden der Shas-Partei Arie Deri aus dem Jahr 1999: »Es findet augenblicklich ein Kulturkampf zwischen Shas und der Meretz-Partei statt, die für westliche Werte und Säkularisierung steht. Wir lehnen die Moderne nicht ab, aber es gibt einen Unterschied zwischen Modernität und westlicher Kultur. Das Problem mit der westlichen oder europäischen Kultur liegt in der Ideologie; sie ist permissiv ... Mit Kulturkampf meine ich den Krieg gegen den säkularen Zionismus, der Ideologie von Herzl und dem Zionistischen Kongreß. ... Gäbe es da nicht die Fragen von Frieden, Sicherheit und Terrorismus, würde der wirkliche Konflikt zwischen Säkularen und Religiösen verlaufen – ein Konflikt, der sich in den nächsten Jahren zu einem Krieg ausweiten könnte ... Für mich ist derjenige ein Zionist, der in Israel lebt und leidet. Er hat seine eigene Kultur und seine eigenen geistigen Führer. Herzl ist nicht mein Führer. Er ist mir fremd. Sein Sohn konvertierte zum Christentum. Für mich ist ein Rabbiner in Marokko wichtiger als Herzl. Seine einzige Leistung ist die zionistische Idee. Ich werde meine Kinder nicht in der Tradition von Herzl

und Nahman Bialik (Israels Nationaldichter; L.W.) erziehen, weil beide gegen die Thora eingestellt waren. Dies habe ich auch öffentlich gesagt, und die säkularen Zionisten waren sehr aufgebracht. Der säkulare Zionismus wurde mir aufgebürdet. Sie benutzen uns, um eine ›neue Generation‹ zu schaffen. Shas entstand, um dagegen zu kämpfen. In der Zukunft wird es einen neuen Zionismus geben. Es wird kein Zionismus sein, der Macht und Gewalt repräsentiert ... Ich und meine Kollegen fühlen uns der arabischen Kultur näher als der ashkenasischen.«<sup>25</sup>

Die Mehrheit der Sephardim unterstützt rechte und religiöse Parteien. Die Ashkenasim schätzen sie als traditional, emotional, nationalistisch, intolerant, extremistisch und als Araber-Hasser ein sowie als kompromißlos in Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Da die Medien speziell ihre Kommentare zu Anschlägen der Palästinenser veröffentlichen, erscheinen sie als extrem, Ashkenasim dagegen als rational, pragmatisch, kompromißbereit, als Unterstützer der Linken sowie als Friedensfreunde.

Die Haltung der Ashkenasim wie auch der Sephardim ist von extremen Vorurteilen gegenüber der jeweils anderen Gruppe geprägt. Gängige Meinungen der Ashkenasim sind:

- Die Sephardim sind stärker antiarabisch eingestellt, weil sie in ihren Ursprungsländern verfolgt wurden und sich von ihrem Arabertum befreien wollen. In Israel haben sie die Möglichkeit der Vergeltung. Ihr geringer Bildungsstand und ihr religiöser Traditionalismus leisten Irrationalität und Intoleranz Vorschub.
- Einerseits profitieren die Sephardim von der Besetzung stärker als die Ashkenasim, weil sie die niedrigsten Arbeiten an die palästinensischen Arbeiter delegieren können. Die Unterdrückung der Palästinenser ist deshalb in ihrem Interesse.
- Andererseits resultiert der Haß der Sephardim auf die Palästinenser aus der Konkurrenz, die durch den Wettbewerb um einen begrenzten Arbeitsmarkt entsteht.

Sephardische Intellektuelle sehen in den Ashkenasim in erster Linie ein Hindernis für den Frieden:

- Die Ashkenasim haben den Konflikt mit den Arabern ausgelöst, als sie eine separatistische und ethnozentrische zionistische Bewegung gründeten. Sie führen sich im Land wie europäische Kolonialisten auf und haben einen eigenen, von den Arabern getrennten Staat geschaffen. Bis heute verachten sie die Araber und ihre Kultur und lehnen eine

Integration ab. Es werde so lange keinen Frieden geben, bis die Ashkenasim ihre Haltung gegenüber den Arabern geändert, d.h. sich ihrer Kultur geöffnet und ihren Eurozentrismus aufgegeben hätten.

– Die Ashkenasim sehen die Sephardim als eine Art Araber an und lehnen sie deshalb ab. Die Sephardim ihrerseits fühlen sich dadurch verletzt und unterstellen den Ashkenasim, ihre Friedensabsichten seien unehrlich. Da sie nicht an einem Abbau sozialer Unterschiede interessiert sind, können die Sephardim sie nicht als Verbündete im Kampf um Frieden betrachten.

Die beiderseitigen Stigmatisierungen enthalten einen Kern von Wahrheit, und sie machen bewußt, wie komplex die gegenseitigen Beziehungen sind. In den fünfziger und sechziger Jahren tendierten die Sephardim eher zum linken Spektrum. In den siebziger Jahren orientierten sie sich stärker nach rechts, da sie sich von der Arbeitspartei enttäuscht fühlten. Sie wurden mit leeren Versprechungen abgespeist und bekamen Verachtung und Arroganz zu spüren. So äußerte z.B. der frühere Außenminister Abba Eban 1969: »Es soll unser Ziel sein, ihnen (Sephardim – L.W.) einen okzidentalen Geist einzuflößen, und ihnen nicht zu erlauben, uns in einen unnatürlichen Orientalismus zu ziehen.«<sup>26</sup> Neben dieser Geringschätzung war die wirtschaftliche Diskriminierung der entscheidende Grund für ihren Wechsel zum Likud. Von ihm erhofften sich die Sephardim eine Verbesserung ihres Lebensstandards und eine stärkere Anerkennung ihrer Kultur und Tradition.

Jene 20 Prozent der Israelis, die der Idee eines Groß-Israel anhängen, gelten mehrheitlich als Sephardim. Sie stehen in der Tradition von Jabotinsky, Kook und Yitzhak Tabenkin und bilden die soziale Basis der politischen Rechten in Israel. Sami Smouha interpretiert die Entscheidung für die Rechte als Ausdruck der Hoffnung auf soziale Mobilität und weniger als eine Bestätigung für die Befürworter der Groß-Israel-Ideologie.<sup>27</sup>

Die Mehrzahl der Mitglieder extremistisch-rassistischer Gruppierungen (»Gush«, Kach, Kahane-Chai, Zu Arzeno), der säkularen Rechtsparteien Tsomet und Moledet sowie der religiös-nationalistischen Mafdal und des rechten Flügels des Likud kommen aus den Reihen der Ashkenasim, sie setzen auch die politisch-ideologischen Akzente in den Organisationen. Bei den Anti-Rabin-Demonstrationen überwogen die Ashkenasim ebenso wie in der terroristischen Untergrundbewegung, die einen planmäßigen Terror gegen Araber betrieb.

Ashkenasim sehen zwar in Sephardim »bessere« Araber, weil sie jüdischen Glaubens sind, doch eine Bedrohung für Israels europäische Kultur. Eine Gesellschaft, in der die Ashkenasim alle Bereiche dominieren, toleriert die Ansichten der Sephardim nur bedingt. Entsprechend halbherzig sind die verschiedenen Versuche, sie zu integrieren, ausgefallen. David Ben-Gurion initiierte in den fünfziger Jahren mit seiner Idee, »einen Jemenitischen Generalstabschef« zu ernennen, eine erste Integration oder »erste Befreiung«. Damals wurde die Gleichberechtigung beider Bevölkerungsgruppen durch eine Reihe von Maßnahmen vorgetäuscht, die wie der Sitz eines Sepharden im Obersten Gericht kaum mehr als symbolischen Wert hatten.

Zwischen der sogenannten ersten und zweiten Befreiung der Sephardim entstand eine eigenständige Protestbewegung. Anfang der siebziger Jahre beehrten vor allem die nordafrikanischen Juden gegen die Ausgrenzung in den Gemeinden auf und forderten eine gerechtere Verteilung der ökonomischen Ressourcen. Sie orientierten sich am Protest der Afro-Amerikaner in den USA. Die »Black-Panther-Bewegung« vermochten sich mit den ashkenasischen Linken nicht zu verbünden. Der Einfluß der »Black-Panther-Bewegung« wird im öffentlichen Bewußtsein weitgehend verdrängt. Häufig betonen führende sephardische Politiker, sie seien keine »Black-Panther«, damit implizierend, sie seien »nett«. Der radikale Mizrahi-Aktivist Sami Shalom Chetrit behauptet, sie habe das Fundament für den Kampf um Gleichberechtigung in Israel gelegt: »Das Israel vom März 1971 war ein anderes als das Israel vor dieser Zeit.«<sup>28</sup>

Seit der Einwanderung hatten die Sephardim sich schwergetan, eine Beziehung zum westlich orientierten jüdischen Nationalismus zu entwickeln. Sie stellten die europäische Definition des Zionismus immer stärker in Frage und vertraten eher eine religiöse Grundhaltung. Als sich die revisionistische Interpretation des Judentums mit der Machtübernahme Begin durchsetzte, wandten sich die Sephardim von der Arbeitspartei ab. Mit ihren Stimmen konnte die Rechte unter Führung Begins die Arbeitspartei von der Regierung verdrängen. Der Likud interessierte sich kaum für die Belange der Sephardim, hatte es jedoch verstanden, sie durch geschickte Manipulation für sich zu gewinnen. Während eines Wahlkampfauftritts in der Stadt Beit wurde Shemesh Shimon Peres mit faulen Tomaten beworfen. Später stellte sich heraus, daß die Leute vom Likud gekauft worden waren. Auf einer Veranstaltung in Tel Aviv spielte Begin die Rolle eines Sephardim, was einen tiefen Eindruck hinterließ. Mit dem Slogan »30 Jahre« und anderen Parolen spielten sie auf die 30jährige Regierungszeit der Arbeitspartei an, die für die Sephardim eine Zeit der Erniedrigung und Unterdrückung

gewesen sei, und suggerierten, nach der Rückkehr aus dem Exil nach 2000 Jahren seien die Sephardim zum zweitenmal vom Glück heimgesucht worden, da sie die Unterdrückung durch die Ashkenasim abgeschüttelt hätten.

Nach der Abwahl der Arbeitspartei 1977 begann angeblich die »zweite Befreiung« in der Geschichte der Sephardim, weil es dem Likud gelang, ihnen den Eindruck zu vermitteln, die Kluft zwischen ashkenasischer und sephardischer Bevölkerung sei überwunden. Die Gegensätze dieser im Grunde antagonistischen Klassen konnten nur durch die Verflechtung von Nationalismus und Religion solange überdeckt werden. Darüber hinaus gelang es Menachem Begin, den Holocaust zu universalisieren. Tom Segev hat dargestellt, wieso die Sephardim die Rolle des Holocaust-Opfers<sup>29</sup> annehmen konnten, obwohl sie von ihm nicht betroffen waren. In dieser Zeit formierte sich eine junge Generation von sephardischen Politikern, die zu den Gründern der Shas-Partei gehörten.

Der Versuch, den Protest in parlamentarische Bahnen zu lenken, scheiterte. Aharon Abuhazera gründete 1981 die Tari-Partei als Gegenkraft zur Nationalreligiösen Partei und zog in die Knesset ein. Tari konnte sich nicht durchsetzen, da ihre Führung sich von der dominanten zionistischen Ideologie nicht klar abgrenzte. Eine sephardische Bewegung nannte sich »Die Zelte«. Ihre Mitglieder, obdachlose Mizrahim, schlugen aus Empörung gegen soziale Benachteiligung in Tel-Aviv und Jerusalem ihre Zelte auf. All diese Proteste richteten sich nur nach innen und wurden vom Ausland nicht wahrgenommen.

Die Gründung der Shas-Partei Mitte der achtziger Jahre brachte eine entscheidende Wende für die sephardische Gemeinschaft. Eine Gruppe, die in den ultraorthodoxen Rabbinerseminaren der Ashkenasim studiert hatte, gründete die Shas, um die »Ausrottung des Spirituellen« (Shmad) zu stoppen. Die Sephardim seien in ihrer Heimat religiös gewesen, in Israel jedoch von der Religion abgefallen. Dieser Vorwurf richtete sich nicht gegen die israelische Gesellschaft im allgemeinen, sondern gegen bestimmte Institutionen wie die Kibbuzim. Shas orientierte sich primär auf die städtischen Armen. Die Partei führte die schlechte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der Sephardim auf den Abfall Israels von seiner religiösen Tradition zurück. Sie baute ein gut funktionierendes System sozialer und finanzieller Unterstützung für arme orthodoxe Familien auf.

Shas ist die einzige unabhängige politische Bewegung der Mizrahim. Der Partei gelang es, sich von zwei wichtigen Pfeilern des politisch-ideologischen Systems zu emanzipieren, eine

eigene Identität aufzubauen und die religiöse Lebensweise neu zu begründen. Erstens hat sich Shas vom klassischen zionistischen Diskurs gelöst. Seither besteht die Möglichkeit, sich vom Militärdienst befreien zu lassen, ohne sozial diskriminiert zu werden. Zweitens hat sich Shas von der Sozialisation durch die Ashkenasim generell losgesagt. Die religiöse Sozialisation hatte stets in den Händen der Ashkenasim gelegen, die Mizrahim waren als ethnische Gruppe kulturell unterdrückt worden. Nun konsolidierten sich Mizrahim als ein Kollektiv, als eine Gruppe. Sie entwickelten ein ethnisch bedingtes Bewußtsein.

In der Frage der sozialen Gerechtigkeit hat Shas jedoch versagt. In den letzten Jahren hat die Partei 15 antisoziale Gesetze mitgetragen. (Für die antisoziale Teilung des Sozialbudgets sind vor allem Deri und Netanyahu verantwortlich.) Auch gegen die wirtschaftliche und die ideologische Unterdrückung ihrer Anhänger ist Shas nicht eingeschritten. Sie hat ein eigenes paralleles Schul- und Sozialsystem aufgebaut, um ihre religiöse Klientel in Abhängigkeit zu halten, aber für die andere Hälfte ihrer Anhänger, die nicht orthodox sind und der Arbeiterklasse angehören, hat sie politisch und wirtschaftlich nichts erreicht. Die Anhänger haben nur die ashkenasische Abhängigkeit gegen eine sephardische eingetauscht.

Die Vernachlässigten haben eine Bewegung gegründet, die sich »Der Mizrahim Regenbogen« nennt. In ihr wollen sich die »neuen Mizrahim« organisieren. Sie stehen dem Zionismus äußerst kritisch gegenüber, vertreten radikale sozioökonomische Ansichten und in politischen Fragen sehr linke Standpunkte, agieren völlig unabhängig von jeder ashkenasisch-zionistischen Partei und bestehen auf einem eigenen Gedenkritual. Vorläufer dieser neuen »Organisationsform« waren »Hila« und »Kedma«. Ihr Versuch, sich mit Shas-Mitgliedern über Bildung zu verständigen, wird mit dem Argument zurückgewiesen, daß die »neuen Mizrahim« erst »gläubige Juden« werden und die ideologische Plattform der Partei akzeptieren müssen.

Für die »neuen Mizrahim« ist es generell schwierig, einen Dialog mit den Mizrahim<sup>30</sup> zu führen. Sie gehen nicht vom Antagonismus zwischen Palästinensern und Juden aus, sondern sehen sich selbst als Teil des Nahen Ostens. Im Gegensatz zur zionistischen Linken in Israel wollen sie die Palästinenser nicht einfach loswerden, sondern integrieren.

Für die herrschende Klasse der Ashkenasim waren die Sephardim nur Objekte der Politik. In offiziellen Darstellungen der israelischen Geschichte spielen sie meist nur eine marginale Rolle, bzw. die Autoren verzerren oder verharmlosen ihr Schicksal – wie das der Palästinenser. So werden die Masseneinwanderung der Jahre 1948–1951 und die

Massenvertreibung der Palästinenser in Folge des Krieges von 1948 als simple Verschiebung von Bevölkerungsgruppen interpretiert: »Die Auswanderung von Arabern, die das Land verließen, und die Einwanderung von Juden, die Aliya nach Israel aus arabischen Staaten unternahmen, war gleichsam ein Austausch von Bevölkerungen. Ungefähr 650000 Araber verließen das Land, und zirka 750000 Juden aus arabischen Staaten wanderten ins Land ein.«<sup>31</sup> Mit der These, fast alle Einwanderungen der fünfziger Jahre seien Rettungsaktionen gewesen, wird eine Parallele zwischen dem Schicksal der Überlebenden des Holocaust und dem der Juden in den arabischen Ländern gezogen und unterstellt, die Ashkenasim hätten die Juden der arabischen Länder gerettet.

Die Sephardim fühlen sich in Israel »rassisch« diskriminiert. Ein Beispiel sei die Verurteilung des ehemaligen Vorsitzenden ihrer Partei wegen Korruption. Alle mitangeklagten Ashkenasim habe das Gericht freigesprochen, nur Deri sei verurteilt worden. Er verbüßt zur Zeit eine vierjährige Strafe. Die ashkenasische Elite feierte das Urteil als einen »Sieg des Gesetzes«. Wochenlang wurden Deri und Ovadia Yosef in den Medien verlacht und verspottet. Die Verbitterung der Sephardim ist verständlich. Eine Lösung dieses Konflikts könnte sich nur durch die Aufarbeitung der israelischen Geschichte und eine Auseinandersetzung mit dem innerjüdischen Rassismus anbahnen. Beides ist bislang nicht in Sicht. Auch die »neuen Historiker«, die sich um die Entzauberung der Geschichtslegenden des Zionismus bemühen, haben sich der Sephardim bisher nicht angenommen.

### **3. Vom klassischen zum ethnozentrischen Zionismus: »jüdische Exklusivität« versus »Staat aller seiner Bürger«**

Der ursprüngliche, d.h. der säkulare Zionismus wird seit Beginn der Kolonisierung Palästinas von den Vertretern des religiösen Zionismus bekämpft. Für sie kann es nur eine »Wiedergeburt des jüdischen Volkes« im Zeichen der Thora geben. Moshe Zimmermann ist der Auffassung, mit der Ermordung Yitzhak Rabins sei auch der ursprüngliche Zionismus zu Grabe getragen worden. Dieses Attentat sei auf die Vereinnahmung der zionistischen Ideologie durch die ethnozentristische, orthodox-religiöse Variante des Judentums zurückzuführen. Damit sei der ursprüngliche Zionismus delegitimiert worden.<sup>32</sup> Diesem Ziel schienen sie mit dem Wahlsieg Netanyahus nähergekommen zu sein; mit seiner Abwahl im Mai 1999 wurde ihr Vormarsch vorerst gestoppt. Auch unter Ariel Sharon werden sie sich mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen können, da dessen Regierung der »nationalen Einheit«

auf einer breiteren parlamentarischen Basis beruht und nicht so leicht erpressbar sein wird, wie es die Netanyahus war.

In den achtziger Jahren begannen die »Neuen Historiker« die Geschichtsdeutungen des traditionellen Zionismus, die sich am »nationalen Interesse« und der »herrschenden Klasse« orientierten, zu hinterfragen.<sup>33</sup> Dieser Historikerstreit wurde durch die Freigabe von Dokumenten über die Ereignisse des Krieges von 1948, die Anwendung der historisch-kritischen Methode und einem Skeptizismus bei der Interpretation der Geschichte Israels ausgelöst. Die »Neuen Historiker« werden auch als »Postzionisten« bezeichnet. Zimmermann weist darauf hin, daß die Bezeichnung »postzionistisch«, mit der in der Regel Wissenschaftler des linksorientierten Akademikerspektrums belegt werden (und die sie auch selbst verwenden), insofern unpräzise und irreführend sei, als sich die Kritik keineswegs gegen die Grundidee des Zionismus richte, sondern vielmehr gegen deren Umsetzung. Man könne sie eher als die »radikalen« oder »ursprünglichen« Zionisten bezeichnen; ihre ausgesprochenen Gegner, die Verfechter einer national-religiösen Form des Zionismus, die den ursprünglichen Begriff des Zionismus usurpiert hätten, seien die eigentlichen »Postzionisten« oder »Neozionisten«. Auch der ehemalige Vorsitzende der Shas, Arie Deri, hält die Mitglieder seiner Partei für die »wahren Zionisten«: Sie lehnten den von den Askhenasim geprägten säkularen Zionismus ab und strebten einen religiösen Zionismus an.

Der Wissenschaftler Uri Ram identifiziert den »Postzionismus« mit dem Ende einer Epoche – der Epoche der Kolonisierung, der Besiedelung und dem Aufbau Israels. Wie Zimmermann weist er darauf hin, daß die Vorherrschaft der ashkenischen Geschichtsinterpretation in Frage gestellt worden sei. Die »Neuen Historiker« sehen sich mit einer Gegenoffensive der etablierten Geschichtswissenschaft konfrontiert, die ihnen eine »antinationale« und »antizionistische«, also staatsfeindliche Haltung vorwirft. Ilan Pappé, Professor für Geschichte an der Universität Haifa, schlägt vor, die »Postzionisten« als »Revisionisten« zu bezeichnen – analog zur revisionistischen Schule in der amerikanischen Geschichtswissenschaft während des Kalten Krieges; so könne die Begriffsverwirrung behoben werden.<sup>34</sup> Die religiös-ethnozentristische Variante des Zionismus, dessen Vordringen in seinen Augen eine Gefahr für die israelische Demokratie darstellt, bezeichnet Pappé als »Neuen Zionismus« und seine Anhänger als »Neozionisten«.

Die Darstellung der Geschichte ist eine entscheidende Waffe in der Auseinandersetzung um »das Judentum«. Die Antwort auf die Frage nach der »Geburtsstunde des Zionismus« wird zum Schlüssel für die adäquate Definition des Judentums und dient der Rechtfertigung des

Hegemonieanspruchs. Ist der Zionismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden, so ist er als Träger eines neuen, säkularen Judentums zu verstehen. Ist der Zionismus jedoch eine Bewegung, die »das Judentum« seit der Zerstörung des Zweiten Tempels begleitet hat, so ruht der Staat Israel auf anderen als den bisher vom säkularen Zionismus genannten Fundamenten. Diese Interpretation der Geschichte hat sich in den letzten Jahren zunehmend erfolgreich durchsetzen können. Die den Staat tragenden Kräfte, die seit der politischen Wende im Jahr 1977 eine verstärkte Neuinterpretation des Zionismus anstreben, bezeichnen sich als »Neozionisten«.

Warum stellen die »Postzionisten« die Geschichte der letzten hundert Jahre in Frage, die für den Zionismus sehr erfolgreich verlief? Der Antizionist Israel Shahak lehnt eine Ideologie, die auf der Idee der Reinheit der Religion, der Rasse, der Nationalität beruht, ab. Die zionistische Idee sei selbst für den Fall nicht vertretbar, daß »der jüdische Staat auf einer verlassenen Insel gegründet worden wäre, ohne jemanden zu verletzen. Der Grund für meine Kritik ist sehr einfach. Ich meine, daß der Zionismus eine Form des Rassismus ist. Ich habe immer wieder gesagt, daß er das Spiegelbild des Antisemitismus ist. So, wie der Antisemitismus Ausdruck des Hasses gegenüber Juden ist, so ist der Zionismus ein Ausdruck des Hasses gegenüber allen Nichtjuden (Gojim); nicht nur gegenüber Arabern, sondern auch gegen alle Gojim.«<sup>35</sup> Geht es den »Neuen Historikern« oder den sogenannten Postzionisten auch primär um den rassistischen Aspekt des Zionismus oder geht ihre Kritik darüber hinaus?

Die »Neuen Historiker« behaupten, die Vergangenheit sei zum Zweck einer »nationalen Mobilisierung« der Bevölkerung bewußt einseitig interpretiert worden. Der Zionismus habe mit der Gründung des Staates Israel seine eigentliche Aufgabe erfüllt, er sei auch in der Aufbauphase nützlich gewesen, nunmehr aber überflüssig. Israel müsse ein normaler Nationalstaat werden, die Verbindung zu den Juden in der Diaspora gelockert und die Aufnahme von Immigranten gestoppt werden. Die Siedlungspolitik und das Konzept der »Erlösung des Landes« beurteilen sie als anachronistisch. Damit stellen sie viele zentrale Thesen der offiziellen Geschichtsschreibung in Frage: die Unvermeidbarkeit und die Legitimität der Kriege, die Israel führte bzw. »führen mußte«; die kulturelle Hegemonie der Ashkenasim über die Sephardim/Mizrahim, die »ashkenasische Lüge«: der Zionismus sei die einzig mögliche Antwort auf die Judenfrage; der Staat Israel als Antwort auf den Holocaust. Die Beziehung zwischen Zionismus und Imperialismus und die Ursachen des palästinensischen Flüchtlingsproblems gehören ebenfalls zu den großen Tabus der traditionellen Historiographie.

Jede kritische Thematisierung dieser Fragen bedeutet einen direkten Angriff auf das Selbstverständnis der Israelis; der Ansatz der »Postzionisten« stellt die traditionelle Werteordnung in Frage und erschüttert so die Legitimität des Staates. Die »Neuen Historiker« werfen den Vertretern der traditionellen Schule vor, den Holocaust als »Geheimwaffe« gegen jegliche Kritik am Zionismus einzusetzen. Ihr wissenschaftlicher Ansatz sei eine Mixtur aus Ideologie, Ethnozentrismus und empirischer Buchhaltung, welche die nationalen Mythen geschaffen habe, auf denen die israelische Selbstwahrnehmung beruhe.<sup>36</sup>

Die Legende von der Flucht der Palästinenser 1948, die damaligen Kriegsziele der Israelis, das Verhalten der israelischen Soldaten in den verschiedenen Kriegen und die These von der Friedensbereitschaft der Araber stehen als Dauerthemen im Zentrum der Debatten. Die »Neuen Historiker« zweifeln die Behauptung der offiziellen Geschichtsschreibung an, die jüdische Gemeinschaft habe am Vorabend des Krieges von 1948 vor der Auslöschung gestanden. Der Verklärung des Krieges von 1948 setzt Ilan Pappé folgende drei Argumente entgegen: Der Yishuv sei aufgrund des militärischen Kräfteverhältnisses nie der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt gewesen, das Abkommen zwischen der Jewish Agency und dem Haschemitischen Königreich habe die Bedrohung durch die arabischen Armeen entschärft, und die Großmächte hätten die Gründung Israels unterstützt. »Allgemein ausgedrückt, gründete sich der Erfolg der Zionisten darauf, daß sie große Teile der öffentlichen Meinung von dem Zusammenhang zwischen dem zionistischen Unternehmen und dem Holocaust überzeugen konnten.«<sup>37</sup> Die Verantwortung für die Entstehung des israelisch-palästinensischen Konflikts wird nicht mehr allein den Palästinensern zugeschrieben, die durch ihre ablehnende Haltung gegenüber Israel die Auseinandersetzung und den Krieg provoziert hätten. Damit erscheint die Entstehung des palästinensischen Flüchtlingsproblems in einem anderen Licht: Israel wird vom Opfer zum Täter. Die Existenz des Staates Israel steht auch für die »Postzionisten« nicht zur Disposition; sie fordern, der Staat müsse zum »Staat aller seiner Bürger« werden und die Diskriminierung der Palästinenser beenden.

Gegen diese Auffassungen hat der israelische Historiker Yoav Gelber erhebliche Einwände geltend gemacht. Er wirft den »Neuen Historikern« vor, »die israelische Version der amerikanischen »political correctness« zu vertreten.«<sup>38</sup> Besonders unverschämt sei die Behauptung der »neuen« Historiker, sie selbst verkörperten Objektivität und geistige Offenheit, seien frei von ideologischen Voreingenommenheiten – im Unterschied zu den »alten« Historikern, denen eine tendenziöse Haltung bescheinigt werde. Von der Erschließung neuer Horizonte könne nicht die Rede sein, die »neuen« Historiker hätten in

methodologischer Hinsicht nichts Bahnbrechendes vorzuweisen. Im Gegenteil: Sie gingen selektiv und einseitig mit Quellenmaterial um, ihre Interpretationen seien abwegig. Hinter der Darstellung der Palästinenser als unschuldige Opfer israelischer Schandtaten und Verschwörungen stecke die Auffassung von der »Geburt Israels in Sünde«. Wenn sich die »neuen« Historiker einseitig dem Leiden der Palästinenser widmeten, würden Grundtatsachen wie die Ablehnung des UN-Teilungsbeschlusses durch die Araber nicht hinreichend berücksichtigt. Als Beispiel führt Gelber Ilan Pappé an, der den Ursprung des israelisch-palästinensischen Konflikts weniger in der Gegnerschaft der Araber gegen das zionistische Siedlungsprojekt sieht als vielmehr im Teilungsbeschuß der Vereinten Nationen.<sup>39</sup>

Der Historiker Walter Laqueur hat in der »Neue Zürcher Zeitung« heftig gegen die »Neuen Historiker« polemisiert. Seiner Meinung nach handelt es sich bei dieser »postzionistischen Geschichtsschreibung um eine Art Propaganda«, die zwar psychologisch als Reaktion auf Netanyahu und die Rechten durchaus verständlich sei, »aber so stark politisch-ideologisch motiviert ist, daß sie keinen Anspruch auf ein Minimum an Objektivität erheben kann«. Laqueur, versucht, die Intention der »neuen Historiker« auf eine Rebellion der Jugend gegen die Ideen ihrer Väter und Großväter zu reduzieren. Derartige »intellektuelle Moden« träten in kleineren Ländern immer mit einer Verzögerung auf, doch nun habe die postmoderne Welle auch Israel erfaßt.<sup>40</sup>

Gegen die Sichtweise der »Neuen Historiker« erhebt auch Natan Sznaider, Soziologieprofessor in Tel Aviv, gravierende Einwände. Er bezeichnet den »Postzionismus« als ein »intellektuelles Gespenst« und wirft seinen Vertretern vor, sie wollten keine Juden mehr sein, sondern nur noch Israelis, »Staatsbürger ohne Ethnos«. Universal wolle man sein und auf der Seite des vermeintlichen Opfers stehen. Israel solle ein westlicher, liberaler Staat sein, ohne Juden, nur noch mit »guten Israelis«; die israelische Nationalidentität beruhe auf dem Territorialprinzip. »Das heißt Gleichheit vor dem Gesetz für alle Staatsbürger innerhalb des Staates Israel, ohne auf ethnische und religiöse oder andere Identitätskriterien Rücksicht zu nehmen: Verfassungspatriotismus israelischer Art.«(»taz« vom 22. August 1997) Diese Kritik an der Intention der »Neuen Historiker« provoziert die Frage, ob Sznaider nicht die andauernde Diskriminierung der palästinensischen Israelis rechtfertigt und billigt, die ja auf dem Ethnozentrismus des Zionismus und seinen Definitionen im Rückkehrgesetz beruht. (Dieses Gesetz erlaubt es jedem Juden, wo immer er auch lebt, jederzeit nach Israel einzuwandern und sofort Staatsbürger zu werden. Den Palästinensern dagegen wird das Recht, in ihre Heimat zurückzukehren, verweigert.) Die gesamte spätere Gesetzgebung

bezieht sich direkt oder indirekt auf das Rückkehrgesetz, das die Grundlage für die rechtliche Ungleichbehandlung der nichtjüdischen Israelis darstellt.<sup>41</sup>

Im Gegensatz zu Sznajder hebt der französische Journalist Dominique Vidal den Mut der »Neuen Historiker« hervor. »Denn ihr Bemühen, die Wahrheit ans Licht zu bringen, betrifft keine x-beliebige Episode der Geschichte, sondern die israelische Erbsünde schlechthin. Soll das Recht der Überlebenden des Hitlerschen Völkermordes, in einem sicheren Staat zu leben, das Recht der Töchter und der Söhne Palästinas ausschließen, ebenfalls in Frieden in ihrem Staat zu leben? Fünfzig Jahre danach ist es Zeit, endlich mit dieser kriegserischen Logik zu brechen und den Völkern ein Leben im Miteinander zu ermöglichen, ohne weiter schamhaft zu verschweigen, wie die Ursprünge der Tragödie ausgesehen haben.« (»Le Monde diplomatique« vom 12. Dezember 1997)

»Die Originalität der Postzionisten liegt nicht in der Neuartigkeit dieser Ideen, die allesamt dem westlichen politischen Gedankengut entstammen. Vielmehr wird hier zum ersten Mal umfassend durchdacht, was für Konsequenzen die Anwendung des viel umstrittenen Begriffs der »Normalität« auf Israel mit sich bringen wird.«<sup>42</sup> Der Status Israels wurde immer mit der »Auserwähltheit durch Gott«, mit dem latenten Antisemitismus, dem Holocaust sowie dem »Belagerungszustand« begründet. Da der Antisemitismus von Europa in den Nahen Osten transferiert wurde, ist das Leben der jüdischen Bevölkerung auf der ganzen Welt durch die Existenz Israels nicht sicherer, sondern gefährdeter als zuvor, so Moshe Zimmermann. Um sich einer kritischen Selbstreflexion zu entziehen, deklarierten die Vertreter des Status quo die zionistischen »Werte und Visionen« als weiterhin aktuell, anstatt den israelischen Partikularismus und die Exklusivität in einer gewandelten Umgebung zu analysieren und zu begründen. Da einige Faktoren nicht mehr vorhanden oder durch die Geschichte im kollektiven Gedächtnis unscharf geworden sind, dürfte ein solcher Erklärungsversuch nicht einfach sein.

Neben den »neuen Historikern« spielen die »neuen Soziologen« in der Auseinandersetzung mit der zionistischen Weltanschauung eine zentrale Rolle. Ihre Kritik setzte mit dem Yom-Kippur-Krieg 1973 ein, als sich erste Risse in der Fassade aus israelischer Selbstzufriedenheit und moralischer Spießigkeit zeigten. Proteste der Juden aus Afrika verwiesen damals auf Widersprüche der Melting-Pot-Ideologie. Die ethnische Herkunft (Ashkenasim versus Sephardim) bedingte einen besseren oder schlechteren sozialen Status, das verbindende Element des »Jüdischen« konnte diese Differenzen nicht völlig überdecken. Die Auffassungen der »neuen Soziologen« waren wesentlich heterogener als die der Historiker, da

sie die Debatte als eine Erscheinung der allgemeinen politischen Kultur in Israel bewerteten und nicht nur als eine innerakademische Angelegenheit wie die Historiker. Für die Soziologen stellte die Geschichtsdebatte eine erneute Auseinandersetzung über die Definition der israelischen Identität dar. Ihr wichtigster Beitrag zur Perzeption der israelischen Gesellschaft war die Neuinterpretation des Zionismus als kolonialistische Bewegung.

Noch zwei weitere Mythen wurden durch die »Postzionisten« entzaubert: die israelische Armee könne niemals Feindseligkeiten provozieren, und Sicherheit gehe über alles. Die Wissenschaftler wiesen die Erklärung der Regierung zurück, Sicherheitsüberlegungen seien für die Marginalisierung der Sephardim oder für die Diskriminierung der israelischen Palästinenser verantwortlich. Sie bezeichneten die Politik der Regierung als »rassistisch« und »nationalistisch« und bezogen sich dabei auf die Vertreibung der Palästinenser durch die israelische Armee.

Der Versuch, die Essenz des ursprünglichen Zionismus in Frage zu stellen, wurde in Israel als ein Unterfangen von »sich selbst hassenden Juden« im »Dienste des Feindes« denunziert. Diese Angriffe kamen nicht von den Rechten, sondern von zionistischen Linken wie z.B. Ahron Megged Megged, Ahron. Megged warf in der Wochenendbeilage von »Ha'aretz« vom 10. Juni 1994 den »neuen Historikern« vor, sie charakterisierten die israelische Gesellschaft als kolonialistisch und dienten damit den Feinden Israels. Er verglich sie mit einer »Welle, die Stück für Stück die Antikörper in unserem Körper vernichtet und ihn schwächt«.

Die zionistische Linke (Frieden Jetzt, Meretz-Partei) plädiert für einen »jüdischen Staat«, akzeptiert zwar Kritik an der israelischen Politik nach 1967, setzt sich jedoch vornehmlich mit den Auswirkungen der Besatzungspolitik auf die eigene Moral auseinander. Ihr Wunsch nach Frieden mit den Palästinensern geht eher auf das Verlangen nach endgültiger Trennung zurück als auf die Bereitschaft, historisches Unrecht einzugestehen oder unmoralisches Verhalten zu beenden. Sie blockt die Aufarbeitung der zionistischen Strategie in den Jahren 1882 bis 1967 ab. Dies wurde überdeutlich, als sich die politische Klasse Israels gegen das Rückkehrrecht der Palästinenser aussprach, weil eine Rückkehr Israel zerstören würde. Die »Postzionisten« oder »Anti-Zionisten« identifizieren sich stärker mit den Palästinensern, den Opfern der Besatzungspolitik, als mit den moralischen Problemen der israelischen Soldaten. Sie treten für einen säkularen »Staat aller seiner Bürger« ein. In der israelischen Presse werden postzionistische Positionen nur hin und wieder veröffentlicht. Sie ist nach wie vor zionistisch orientiert.<sup>43</sup>

Letztendlich haben die »Postzionisten« bewirkt, daß die Israelis die Frage nach dem Selbstverständnis ihres Staates neu diskutieren. Viele Intellektuelle setzen Judentum mit Israelitum gleich. Seit seiner Gründung hatte Israel eine besondere Beziehung zum Diasporajudentum. Doch wird immer häufiger die Frage gestellt, was israelische Juden noch mit den Juden anderer Länder verbindet. Diese Debatte, die auch das Rückkehrrecht nach Israel einschließt, offenbart die schleichende Entfremdung zwischen israelischen Juden und dem Diasporajudentum. So meint der Chefredakteur der Zeitung »Ha'aretz«, Chanoch Marmari, die Juden in der Diaspora seien den Israelis im Grunde gleichgültig. Eine Aufhebung des Rückkehrrechts scheint unwahrscheinlich, denn es besteht in allen Lagern Konsens darüber, daß jedem verfolgten Juden die Tore des Landes offenstehen müssen. Die automatische Verleihung der Staatsbürgerschaft stößt hingegen durchaus auch auf Kritik.

Warum die politisch-dominante zionistische Elite die »Neuen Historiker« so heftig angreift, ist nicht ganz verständlich. Es hat sich eine merkwürdige Allianz gebildet: Gemeinsamer Gegner der Verteidiger des ursprünglichen Zionismus und der ethnozentrischen Variante des Zionismus sind die »Postzionisten«. Säkulare Zionisten wie der ehemalige Knesset-Abgeordnete Amnon Rubinstein wollen sich nicht in diese »unheilige Allianz« mit den Gegner des Säkularismus begeben. Ihre natürlichen Verbündeten sind die »neuen Historiker«, die zu Recht einige Geschichtsmymen des ursprünglichen Zionismus in Frage stellen.

Die israelischen Intellektuellen schwanken zwischen der Beibehaltung des Zionismus als der den Zusammenhalt des Landes garantierenden Ideologie und der Orientierung auf eine von Abraham B. Jehoschua in die Debatte eingeführten »Mittelmeeridentität« (»Ha'aretz« vom 29. Dezember 1995), die Spannungen zwischen Orient und Okzident auflösen könne. Die Identitätskrisen werden so lange fort dauern, bis Israel ein normaler Nationalstaat geworden ist und sich seinen Nachbarn gegenüber so verhält. Es darf nicht mehr Vorposten oder Brückenkopf der westlichen Zivilisation sein wollen. Der Sharon-Regierung sind solche Probleme völlig fremd, sie will mit einer neuen Bildungsoffensive den Schülern wieder die »Werte« des Zionismus vermitteln.

Zimmermann führt in der »Neuen Zürcher Zeitung« vom 27. August 1997, die anlässlich des 100. Jahrestages des ersten Zionistenkongresses in Basel herausgegeben wurde, fünf Grundsätze der »eigentlichen Postzionisten« an:

- Palästinozentrismus: Das Streben nach »Eretz Israel« (Sehnsucht nach Zion) wird mit dem Zionismus gleichgesetzt. Er dient als Fundament und Rahmen für ein jüdisches Leben.

Dieser Palästinozentrismus stellt die Rechte der israelischen Palästinenser und die Legitimität des Diasporajudentums in Frage, da die ersteren nicht in einen jüdischen Staat gehören und letztere ausschließlich nur in ihm leben sollten.

– Romantisch-territorialer Nationalismus: Gab sich der klassische Zionismus noch mit einem Teil Palästinas zufrieden, deklarierte man nach dem Sechstagekrieg die Westbank zu heiligem Land. Nablus, Hebron, die Altstadt von Jerusalem und die anderen religiösen Stätten wurden zum wichtigsten Inhalt und zur »Essenz des Zionismus«. Die säkulare zionistische Ideologie, die sich im Kibbuz symbolisierte, wurde durch eine religiös-romantische Beziehung zum Land Israel ersetzt.

– Aufgabe des sozialen Experiments: Die Siedlungen in Judäa und Samaria wurden zum Kontrastprogramm gegenüber dem Kibbuz aufgebaut. Auch die mit der Kibbuzbewegung einhergehende Idee vom »neuen Menschen« und der »zionistischen Gesellschaft« wurde zurückgedrängt. Die angestrebte »Mustergesellschaft« wurde durch die Rückkehr zu den »traditionellen Werten« ersetzt, die fortan als die »zionistischen Werte« gelten.

– Enteuropäisierung: Der Holocaust und die Masseneinwanderung nichteuropäischer Juden hat zu einer starken Verringerung des Anteils der Juden mit europäischem Hintergrund geführt und so das ursprüngliche Konzept eines »besseren Europa« relativiert.

– Religiosisierung des öffentlichen Lebens: Das zentrale Merkmal des ethnozentrischen Zionismus ist die Identifikation von Zionismus und jüdisch-religiöser Orthodoxie. Der Zionismus wird nicht mehr als nationale Bewegung verstanden, sondern als die ewige Sehnsucht des jüdischen Volkes nach »Eretz Israel«. Der Judenstaat wird im religiös orthodoxen Sinne interpretiert. Im Falle eines Wertekonflikts zwischen Demokratie und Judentum hat letzteres Priorität. Die Orthodoxie gilt als einzig legitime Art des Judentums; damit ist der Weg in die Theokratie geebnet.

Während sich die »Postzionisten« noch mit der Kritik an den Gesichtslegenden des ursprünglichen Zionismus beschäftigen, haben die »Neuen Zionisten« eine neue Ideologie für Israel entwickelt, die weniger tolerant sein wird als die des säkularen Zionismus. Wenn eine Demokratie keine »jüdische Mehrheit« mehr garantieren kann, scheint die Demokratie »krank«, so die Argumentation der Religiösen.

Die große Herausforderung für den ursprünglichen Zionismus kommt nicht von den »Postzionisten« oder den »Neuen Historikern«, sondern von der Rechten oder vom »Neo-

Zionismus«<sup>44</sup> (Uri Ram ). Die vor 1967 nur rudimentär im Lager der Arbeitspartei und unter den Revisionisten sowie in der Nationalreligiösen Partei (NRP) vertretene Richtung erlebte nach dem Sechstagekrieg einen enormen Aufschwung. Expansionistisches Gedankengut verbreitete sich in der Arbeitspartei, im Likud-Block und unter führenden Rabbinern. In den achtziger Jahren ging der »Neo-Zionismus« Allianzen mit den Siedlern in den besetzten Gebieten sowie mit den marginalisierten Unterschichten ein. »Eine unheilige Allianz aus expansionistischen Nationalisten, ultraorthodoxen Rabbinern und ethnisch ausgerichteten geistigen Führern der Mizrachi Juden.«<sup>45</sup> Dieser Allianz fühlen sich auch die ultraorthodoxen Parteien, die säkulare Rechte sowie die russische Immigrantepartei Israel Beitainu (Israel ist unser Zuhause) zugehörig, dessen Vorsitzender, Avigdor Lieberman, Infrastrukturminister unter Ariel Sharon ist und massiven Waffeneinsatz gegen den Palästinenseraufstand gefordert hat.

Die Attraktivität des »Neo-Zionismus« liegt in seiner Einfachheit, wie Pappe meint. Diese Bewegung vermittelt Vertrauen in die Zukunft. Die jüdische Religion und der Nationalismus würden die Gesellschaft vor weiterer Fragmentierung und Desintegration bewahren. Die Gruppen, die sich in dieser Allianz zusammengefunden haben, sehen in einer »ethnisch religiösen Theokratie« die beste Herrschaftsform, um mit den zukünftigen Problemen fertig zu werden. Die bestimmenden Kräfte sind religiöse Persönlichkeiten aus allen politischen Bereichen und Gesellschaftsschichten. Gemeinsam ist ihnen eine extreme Voreingenommenheit gegenüber den säkularen israelischen Juden. Nachdem diese ihre Pflicht erfüllt hätten, die Juden ins Heilige Land zurückzuführen, seien sie nun überflüssig und könnten behandelt werden wie alle Nichtjuden. Dem Talmud zufolge sind Nichtjuden nicht mehr wert als Tiere und können dementsprechend behandelt und ausgebeutet werden. Auf diesen Tatbestand hat auch Israel Shahak hingewiesen und betont, daß er ein Schlüssel für das Verständnis der israelischen Politik sei. Die extreme Feindschaft gegenüber allen Nichtjuden habe hierin ihre Wurzeln.

Ein Ministerpräsident, der sich mit Rabbinern wie Eliahu Chaduri trifft und bei dieser Gelegenheit der Linken in Israel vorwirft, sie wisse nicht, was Jüdischsein bedeute, setzt Akzente für die künftige Entwicklung des Landes. Signale des Zurückdrängens des liberalen Judentums kamen auch aus Tel Aviv. Im Vorort Ramat Aviv wurde ein neues Einkaufszentrum eröffnet. Der Eigentümer, der Diamanthändler Lev Leviev, ein Orthodoxer, verlangte von den Ladenbesitzern, an Samstagen zu schließen, obwohl nach den

Verträgen die Öffnung gestattet war. Trotz der Proteste von Anwohnern entschied das Gericht zugunsten Levievs.

Es ist religiösen israelischen Soldaten verboten, bei ihren Bildungsausflügen in Jerusalem auch Moscheen und Kirchen zu besuchen. Die Knesset-Abgeordneten Moshe Gafni von der Yahadut Hatorah-Partei und Arie Deri von der Shas-Partei hatten diese Besuche moniert. Der damalige Generalstabschef Amnon Lipkin-Shahak erließ daraufhin einen entsprechenden Befehl. Als Grund gab Lipkin-Shahak an, die Kameradschaft unter den jüdischen Soldaten sei sonst gefährdet. Derzeit, so führte er aus, sei es für einen religiösen Soldaten eine Sünde, eine nichtjüdische heilige Stätte zu besuchen. Der Besuch einer christlichen Stätte sei eine Todsünde und der Besuch einer muslimischen Stätte eine läßliche, so Israel Shahak.

Der Machtzuwachs der Orthodoxen wurde auch sichtbar, als die Bar-Ilan-Straße in Jerusalem, welche die Nord- und Südviertel der Stadt miteinander verbindet, nach wochenlangen Straßenschlachten mit der Polizei und Säkularen am Sabbat teilweise geschlossen wurde. Als der Konflikt vor das Oberste Gericht kam, sah sich dieses außerstande, eine Entscheidung zu treffen. Es empfahl die Bildung eines Ausschusses, der die Auseinandersetzungen in Jerusalem innerhalb eines gesamt-israelischen Kontextes lösen sollte. Der daraufhin gebildete »Zamaret-Ausschuß« setzte sich aus acht Mitgliedern zusammen: vier nichtreligiöse traditionelle Juden, zwei Orthodoxe und zwei Nationalreligiöse. Kein israelischer Palästinenser gehörte diesem Ausschuß an. Der Ausschuß empfahl, die Bar-Ilan-Straße am Sabbat und an Feiertagen für den Verkehr zu sperren, unter der Voraussetzung, daß die Stadtverwaltung Verkehrsalternativen für die nicht-religiöse Bevölkerung finde. Die orthodoxen Mitglieder weigerten sich aus religiösen Gründen, das Dokument zu unterschreiben. Die Straße wurde gesperrt und die Empfehlung des Ausschusses ignoriert.

Die entscheidende innerisraelische Auseinandersetzung spielt sich nicht zwischen denjenigen ab, die den Palästinensern einige Quadratmeter mehr oder weniger Land überlassen wollen. Es geht um das grundsätzliche Verständnis vom Staat Israel. Welches Gesetz wird die israelische Gesellschaft in Zukunft bestimmen: säkulares oder religiös-halachisches? Dies ist keine rhetorische Frage, sind doch die rassistischen Ansichten eines Meir Kahane für einen immer größeren Teil der politischen Klasse Israels akzeptabel. Kahanes Hauptanliegen bestand darin, Israel in einen theokratischen Staat zu verwandeln, in dem die Halacha als Gesetz gelten sollte. Die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser war in seinem Projekt nur ein Nebeneffekt. Einige religiöse Gruppen in Israel haben Kahanes Botschaft nur aus taktischen Gründen zurückgewiesen. So haben die Orthodoxen die Prinzipien grundsätzlich

akzeptiert, deren Umsetzung wollen sie dem Himmel überlassen. Auch bei einem Großteil der rechten Nationalisten stoßen die Ideen keineswegs auf Ablehnung, sie wollen das erforderliche psychologische Klima schaffen. Der »Gush« glaubt, daß es möglich ist, Israel in einen halachischen Gottesstaat zu verwandeln, will sich aber anderer Strategien und einer anderen Terminologie bedienen.

Die Auseinandersetzung um die Rolle der Nation und den Charakter der Religion wird die Zukunft Israels bestimmen. Noch haben die Vertreter eines nach westlichen Maßstäben ausgerichteten Israel zentrale Machtpositionen inne, ob sie auf Dauer die Angriffe der rechten und der religiösen Nationalisten parieren können, ist fraglich. Welche der fanatischen religiösen Parteien die Oberhand behalten wird und wie sich die jeweils unterlegenen damit abfinden werden, ist ebenfalls offen. Der säkulare Sektor der Gesellschaft wird trotz des anscheinend dominanten religiösen Auftretens nicht verschwinden. Immerhin bezeichnen sich zwischen 60 und 70 Prozent der Israelis als nicht religiös.

Umfragen der Hebräischen Universität zufolge besteht zu Optimismus kein Anlaß. Nach diesen Untersuchungen stufen sich 30 Prozent der israelischen Gymnasiasten als »Rassisten« ein. Nur 50 Prozent meinen, Araber seien Bürger mit gleichen Rechten. 72 Prozent der Befragten sind dagegen, daß Araber für einen Sitz in der Knesset kandidieren, da sie ein Sicherheitsrisiko darstellten. Diese Zunahme des Rassismus bestätigt Deborrah Karmil von der Universität Haifa. Nach ihrer Studie sprechen sich 61,7 Prozent der israelischen Jugendlichen gegen gleiche Rechte für die israelischen Palästinenser aus. 73,5 Prozent halten eine arabische Vertretung in der Knesset für eine Gefahr für Israel. Hätten nicht fast acht Jahre »Friedensprozeß« andere Resultate zeigen müssen?

Die Zeichen für die Weiterentwicklung der Demokratie nach westlichem liberalem Verständnis stehen in Israel schlecht: Das Land soll »jüdischer« und nach Ariel Sharon »zionistischer« werden. Gefahr für den Bestand des säkularen Israel droht nicht von den Palästinensern im allgemeinen oder den israelischen Palästinensern im besonderen, sondern von den extremen Nationalisten und den religiösen Fundamentalisten des Landes, die den Staat von innen aushöhlen und unterminieren. Solche Kräfte sind auch in der Sharon-Regierung vertreten. Außerdem fördert die Regierung durch ihre Unnachgiebigkeit gegenüber den Palästinensern die Gefahr einer »Libanonisierung«. Nicht die arabischen Staaten bedrohen Israel, dazu sind sie militärisch viel zu schwach, sondern die eigene Regierung bereitet dafür den Boden. Wenn sich in der Regierung nicht die Kräfte des Kompromisses und der Vernunft durchsetzen, könnte das seit über hundert Jahren erfolgreiche zionistische

Ludwig Watzal – Feinde des Friedens; Kapitel 4: Israel zwischen »jüdischer« Demokratie...

Kolonisierungsprojekt in Palästina scheitern. Dafür wären die Bannerträger des Zionismus verantwortlich und nicht die angeblich »feindliche Umgebung«.